

Laibacher Wochenblatt,

Organ der Verfassungspartei in Krain.

Nr. 133 Abonnements-Bedingnisse: Ganzjährig: Für Laibach fl. 4.— Mit Post fl. 5.— Halbjährig: : : 2.— : : 2.50 Vierteljährig: : : 1.— : : 1.25 Für Zustellung in's Haus: Vierteljährig 10 fr.	Samstag, den 3. März.	1883. Insertions-Preise: Einseitige Petit-Zeile à 4 fr., bei Wiederholungen à 3 fr. — Anzeigen bis 5 Zeilen 20 fr. Redaction, Administration u. Expedition: Herrngasse Nr. 12.
---	------------------------------	--

Zur reactionären Bewegung in Oesterreich.

Eines der geachteten ungarischen Blätter, der in Budapest in deutscher Sprache erscheinende „Pester Lloyd“ — „die politischen Verhältnisse in Oesterreich“ von ganz objectivem Standpunkte besprechend — findet die jetzt beginnende Gestaltung derselben nicht nur „recht unerquicklich“, sondern beinahe „bedenklich“ und erblickt die Ursache dieser Erscheinung „nur in dem aufgehäuften Gährungsstoffe und in dem wachsenden Mißvergnügen der Bevölkerung“.

Im weiteren Verlaufe wird die Thatsache constatirt, daß die Symptome des politischen Faders am sichtbarsten und zahlreichsten in allen Provinzialstädten auftreten, namentlich in Gegenden mit gemischten Nationalitäten, „wo die Parteischden heute mit einer Verbitterung geführt werden, welche nicht nur das gesellschaftliche Leben trübt und vergällt, sondern auch den ganzen wirtschaftlichen Geschäftsbang hemmend beeinflusst“. Wir machen uns keiner Uebertreibung schuldig, wenn wir sagen, daß sich niemals vorher die Nationalitäten so haßerfüllt gegenübergestanden sind wie seit dem Anbruche der sogenannten „Versöhnungs-Ära“.

Es dürfte für die Leser des „Laibacher Wochenblattes“ nicht ohne einiges Interesse sein, den

weiteren Ausführungen des „Pester Lloyd“ die Aufmerksamkeit zu schenken.

„Das Deutschthum in Oesterreich“, behauptet dieses Blatt weiter, „hat es übrigens gar nicht nothwendig, sich in einem Kampfe auf's Messer gegen die czechisch-polnisch-slovenisch-serbo-croatischen Bestrebungen aufzureiben.“

Eigengewicht und Eigenwerth des österreichischen Deutschthums sind viel zu bedeutend und allen Rivalitäten viel zu überlegen, als daß Letzterem wirklich Gefahr drohen sollte, so lange etwa die Machthaber nicht selber daran denken würden, den deutschen Charakter in der öffentlichen Verwaltung preiszugeben und die Einheit des Staates den Nationalitäten zuliebe dem Föderalismus aufzuopfern. Und hier ist der springende Punkt. Das Deutschthum durchsättigt alle Gebiete und erfüllt alle Gebilde der Wissenschaft, der Kunst, der Gesellschaft, des Handels, des Verkehrs, der Armee und des Staatsdienstes in Oesterreich und steht zu fest und zu mächtig da, als daß es der staatlichen Unterstützung bedürfte. Aber Alles hat gewisse Grenzen. Die Einheitlichkeit in der Staatsverwaltung und damit die österreichische Staatsidee selbst werden doch gefährdet, sobald zu weit gehende Concessionen der Regierung an die Nationalitäten den deutschen Grundzug des Staatswesens auslöschen. Und daher die jetzt herrschende, bis in die breiten Schichten der Bevölkerung

sich fortpflanzende Erbitterung aller Parteien, von der wir eingangs gesprochen. Die Deutschen besorgen, daß die Regierung auf dem abschüssigen Gange der Concessionen keinen Halt mehr finden werde. Den Slaven aber ist während des Genusses ihrer neuen Errungenschaften der Appetit gewachsen und der Ramm geschwollen. Da wäre es nun Sache des Ministeriums Taaffe, eine Klärung der höchst unerquicklichen Situation dadurch herbeizuführen, daß es die Grenze der Nachgiebigkeit weithin sichtbar dort zieht, wo die Einheitlichkeit des höheren staatlichen Verwaltungsdienstes beginnt. Praktisch wird sich hiezu der Regierung das Mittel bei der Verhandlung über die „Staatsprache“ bieten.

Aber auch jetzt schon könnte sie die Unbefangenheit ihrer Auffassung und das Festhalten an dem gesetzlich und historisch berechtigten deutschen Grundzuge der staatlichen Einrichtungen durch eine freisinnige Haltung gegenüber der deutschen Presse an den Tag legen. Wir sagen mit Vorbedacht der „deutschen“ und nicht der oppositionellen Presse. Denn jedes deutsch geschriebene Blatt, selbst wenn es ein belletristisches Familienblatt ist, das wird heute mit solchem Mißtrauen behördlich durchmustert, daß sogar ein Gedankensfisch die Consecration der ganzen Auflage zur Folge haben kann. Das ist wörtlich zu nehmen, denn vor nicht gar langer Zeit ist wirklich ein illustriertes Wiener Familienblatt eines einzigen Ge-

hölisch, aber bestimmt, da sie nur alle sieben Jahre in der Zeit vom 10. bis 24. Juni zur öffentlichen Ausstellung kämen.

Zu diesen Zeiten strömten dann auch viele Tausende aus aller Herren Ländern an den Niederrhein, um zu Aachen und den übrigen Gnadenorten, wie Köln, Cornelimünster, Trier, Andernach etc., die Heilthümer zu sehen und zu verehren. Unter diesen Tausenden befanden sich auch die wallfahrenden Slaven, welche in Deutschland sonderbarer Weise die Ungarn oder die Wiener hießen.

Der Ursprung dieser Wallfahrten wird, allerdings ohne geschichtliche Verbürgung, in den Beginn des 13. Jahrhunderts verlegt. Als Veranlassung wird uns die Einlösung eines Gelübdes genannt, das zur Zeit einer großen Hungersnoth von den Alten gethan wurde.

Eine andere Nachricht meldet, daß zur Zeit einer sehr großen Dürre eine sehr zahlreiche Pilgerschaar von Ungarn zu den heiligen drei Königen nach Köln gezogen sei. Kaum hatten diese das erste Wort gesprochen, so fiel in der Heimat Regen in Ueberfluß.

Jedenfalls fällt der Beginn dieser „Wiener Züge“ in eine Zeit, in der die allgemeine siebenjährige Heilthumsfahrt nach Aachen schon im Gange war. Den ersten sicheren Anhaltspunkt für die Zeit desselben bietet uns aber erst die Stiftung einer böhmischen (1362) und einer ungarischen (1374) Kapelle im Münster zu Aachen, welche entschieden

Feuilleton.

Die windische Wallfahrt an den Niederrhein.

Den slavischen Völkern hat von jeher frommer Sinn und Wallfahrtsdrang innegewohnt. Wir erinnern an die Wallfahrten der Lausitzer Wenden und der Czechen zum Vorgebirge Arkona auf der Insel Rügen, wo einstmals der Tempel Swantewid's stand. Diese Wallfahrten erhielten sich und wurden heimlich ausgeführt, nachdem das Christenthum schon lange zur Herrschaft gelangt war.

Welchen Ursprung die windischen Wallfahrten an den Niederrhein hatten, läßt sich nicht nachweisen. Daß die Schönheiten des Rheingaaues, der Reichtum der zu durchwandernden, an einer großen Heilthumsstraße gelegenen Gegenden, der mit Wohlhabenheit und Reichtum in Verbindung stehende Wohlthätigkeitsinn der Bewohner jener Länder neben den Reliquien auch ihren Einfluß ausgeübt haben, läßt sich vermuthen. Der Ruf der Heilthümer in Aachen und Köln ist ein sehr alter und noch in der neueren Zeit sang Heinrich Heine von den Processionen zu Köln am Rhein:

„Nach Kevelaar ging Mancher auf Krüden,
Der jezo tanzt auf dem Seil;
Gar Mancher spielt jetzt die Bratsche,
Dem früher kein Finger war heil!“

Herr Professor Dr. A. Luschin v. Ebengreuth hat in einer als besonderer Abdruck aus der „Monatsschrift für die Geschichte Westdeutschlands“ (Trier, Verlag von Fr. Lintz) erschienenen Broschüre uns ein lebenswaches Bild über die Anfänge der windischen Wallfahrten, die Chronik der ungarischen und windischen Aachenfahrten, über die Ordnung und den Verlauf der Heilthumsfahrten und über deren Ende entworfen.

Wallfahrten nach Aachen wurden aus den verschiedensten Anlässen gelobt. Nicht selten verfügten bußfertige, für ihr Seelenheil besorgte Sünder auf dem Sterbebette mehrere Pilgerfahrten. Bußfahrten strengerer Art wurden aber auch gern als Sühne eines Verbrechens, zumal bei Todtschlägen, auferlegt. Solche Fahrten, welche persönlich unternommen werden mußten, wurden feierlich von der Kanzel verkündet. Sie hörten übrigens mit dem neuen Gerichts-buche von 1442 als Sühne für Todtschläge auf.

Vielleicht interessanter für uns als dergleichen vereinzelte Vorfälle sind die periodischen Züge, welche sich an den siebenjährigen Cyklus der Aachener Jubeljahre anschließen, denn nur in diesen Zeitabschnitten wurden die großen Reliquien vorgezeigt, wie die auch der Ritter Rozmital erfahren mußte, als er im Jänner 1466 mit großem Gefolge gen Aachen gen unserer lieben Frauen einritt. Er sah „viel köstlich Heilthum“, aber es waren nur sog. kleine Reliquien, die Besichtigung der übrigen verweigerten die Bürger

dankensreiches wegen mit Beschlag belegt worden, der sich in einer harmlosen biographisch-literarischen Reminiscenz an Grillparzer vorgefunden. In ein notorisch regierungsfreundliches Volksblatt ist neulich dem gleichen Schicksale wegen einer Notiz verfallen, die nichts Anderes enthielt als die Meldung über einen thatsächlichen Vorgang in einem engeren militärischen Kreise. Geschieht das belletristischen und regierungsfreundlichen Blättern, so kann man sich denken, welchen Maßregelungen die oppositionelle deutsche Presse ausgesetzt ist. Die Statistik der Confiscationen von Blättern in Oesterreich zeigt Bittern, wie sie niemals noch dagewesen. Wird in Wien an einem Tage kein Blatt mit Beschlag belegt, so kann man überzeugt sein, daß mindestens aus einer oder der anderen Provinzstadt der Drahtbericht über die Confiscation einer Zeitung einläuft. Da muß man sich denn doch fragen, gibt es wirklich so viele böse Menschen, deren Auslassungen so gemeinschädlich sind, daß dieselben der Kenntniß der Mitmenschen vorsorglich entzogen werden müssen? Und noch mehr. Die sogenannte „constitutionelle“ Regierung läßt es sich nicht genügen an der strengsten, illiberalsten Handhabung der Presspolizei, sondern sie greift sogar zu dem kleinlichen Mittel, den Einzelverkauf in den dem großen Publikum zunächstliegenden Verschleißlocalen solchen Blättern zu entziehen, denen selbst die rigorose Pressbehörde keine Sünde nachzuweisen und ihnen den Weg nicht zu versperren vermag, deren Ausführungen aber den Machthabern unangenehm und unbequem sind. Eine derartige administrative Maßregelung regt — wie die Thatfachen zeigen — selbst die politisch indifferenten Massen der Bevölkerung auf. Hat das Ministerium Taaffe-Prazak-Dunajewski wirklich so sehr das freie Wort und das Licht der Oeffentlichkeit zu scheuen?? — Das eben hat zu allen Zeiten in Oesterreich die feudal-slavische Herrschaft verdächtig und unvolksthümlich gemacht, daß sie stets mit dem Odium der Unfreiheit und des Rückschrittes behaftet war. Das sollte sich Graf Taaffe — — — wohl vor Augen halten und es sich zweimal überlegen, bevor er die jetzigen Pressmaßregelungen gutheißt, welche seine Ziele wahrlich niemals fördern und nur die Zweifel aller ruhigen Denker und unbefangenen Politiker nähren und

einen größeren Andrang von Pilgern gedachter Nationen voraussetzt. Daß den ersten Anstoß dazu ein großes Landesunglück gegeben hat, ist sehr wahrscheinlich. Möglicherweise war es die Pest, die im Jahre 1349 ganz Mitteleuropa überzog; denn in diesem Jahre war Aachen derart von Pilgern überfüllt, daß König Karl IV. seinen Einzug verschieben mußte. So mag auch die im Jahre 1495 in ganz Oesterreich grassirende Pest Anlaß gegeben haben zu der in diesem Jahre erfolgten Stiftung des Slavenaltars.

Es steht fest, daß die sogenannte „Wiener“ Procession von allen, welche regelmäßig alle sieben Jahre an den Niederrhein kamen, weitaus die zahlreichste war, wenn auch die Angabe, daß die Pilger in einer Zahl von 5000 erschienen seien, etwas stark übertrieben ist. Ein Bericht aus dem Jahre 1524, der uns von 3000 Pilgern erzählt, begreift in dieser Zahl die Pilger aller Nationen mit ein. So viel ist erwiesen, daß die einst wohl sehr bedeutende Zahl der Pilger in stetem Abnehmen war, so daß, als im Jahre 1769 plötzlich 265 Personen erschienen, die alte Pilgerherberge zu Köln, der Spierwald, zu deren Aufnahme nicht hinreichte und die Wallfahrer in Hospitälern nothdürftig untergebracht werden mußten.

Die alten Chroniken berichten uns Allerlei über diese Pilgerfahrten. So wurden 1412 zu Köln im sogenannten Kloster der weißen Frauen durch ungarische Aachenpilger die Reliquien eines Seidenrö-

vermehrten können. Das jetzige nervöse Gebahren der Wiener Regierung bekundet nichts weniger als zielklares Selbstbewußtsein, es erscheint vielmehr in allen Emanationen erregt, man könnte fast sagen leidenschaftlich. „Leidenschaften der Regierung jedoch“ — so schrieb Börne schon vor 40 Jahren in seinen „Fragmenten“ — „zeugen von Schwäche, Leidenschaften des Volkes aber zeugen von Stärke.“

Diese Ausführungen verdienen es doch, daß sie nicht nur zur Kenntniß genommen, sondern auch — und zwar, bevor es zu spät ist — recht gewürdigt werden! —

Das Raibacher Lotterie-Anlehen.

IV.

Von einem in den Jahren 1880 und 1881 erzielten Ueberschusse will Herr Fribar nichts wissen und sucht darzuthun, daß sich in diesen Jahren ein Verlust ergeben habe, weil zur Deckung der zwei ersten Annuitäten vom Capitale selbst ein Theilbetrag per 53.881 fl. 20 kr. verwendet worden sei.

Ein Verlust wäre dieß nun auch dann nicht, denn man könnte mit Rücksicht darauf höchstens sagen, die Gemeinde habe aus dieser Anlehensoperation nicht 1.471.875 fl., sondern nur 1.417.983 fl. 20 kr. rein erhalten, und wobei man noch davon absehen müßte, daß damit auch schon die Verbindlichkeiten für zwei Jahre erfüllt wurden.

Herr Fribar sagt aber andererseits, ein in sieben Halbjahrsraten zahlbarer Betrag von 1.471.875 fl. sei bei Zugrundelegung eines $4\frac{1}{2}$ percent. Zinsfußes gleich einem sofort eingezahlten Betrage von 1.354.448 fl. 40 kr., und auf diesen Standpunkt stellte sich eben auch die frühere Gemeindevertretung, nur daß sie einen fünfpercent. Zinsfuß zu Grunde legte und demnach den Zinsentgang mit 123.925 fl. 53 kr. und den sofortigen Capitalswerth mit 1.347.949 fl. 47 kr. annahm.

Da aber jene 123.925 fl. 53 kr. doch auch thatsächlich eingezahlt wurden, so gehören sie gewiß zu den Finanzen, sie mußten mit den entsprechenden Tangenten auf die einzelnen Jahre vertheilt werden und deckten dann nicht nur die Amortisationsquoten der beiden ersten Jahre, sondern ergaben auch jene Ueberschüsse, die ausgewiesen wurden.

Hierin liegt daher durchaus nichts Fingirtes, es waren dieß thatsächliche Einnahmen und alle Ein-

leins entdeckt, in welchem der Heiland 1260 einem frommen Kaplan der ungarischen Königin erschienen war. 1440 brach ein Haus durch den übermäßigen Andrang der Schaulustigen zusammen, wobei 17 Personen todt blieben; 1447 kamen wallonisch redende Pilger aus Ungarn, deren Vorfahren, wie erwiesen wurde, im Jahre 1052 zu Zeiten Bischof Wazo's aus Lüttich nach Ungarn ausgewandert waren. — 1453 kamen so viel Windische und Ungarn, daß eine Theuerung entstand und die Aachener Stadtherren die Stadthore verschließen ließen. Sie brachten 150 Wachskerzen.

Jeder Nation war ein besonderer Platz angewiesen, den Slaven z. B. der kleine Kirchhof. 1496, ein Jahr nach der Stiftung des Slavenaltars auf dem Hochmünster, wurden an einem Tage 142.000 Pilger gezählt und die Opfergelder ergaben in 14 Tagen 85.000 Goldgulden. 1517 zogen ihrer eilfzig Hundert aus Ungarn, Böhmen, Preußen, Livland und Oesterreich durch Hildesheim, erst nach Trier, dann nach Aachen und anderen heiligen Stätten. Von 1524 an scheint mehr armes Volk gekommen zu sein. Der Chronist Hermann von Weinsberg erzählt: „Man gab den armen Pilgern um Gotteswillen viel Geld. Sie lagen den Bach herauf und herunter in allen Häusern, auch lagen sie mit Haufen zu Weinsberg in meines Vaters Hause und Ställe ganz jämmerlich. Sie aßen Kirschen, Pflaumen und anderes Obst, sie hatten auch, mit Büchten,

streuungen, welche gegen diese Art der Berechnung vorgebracht werden, sind ganz grundlos. Damit soll nicht behauptet werden, daß nicht eine andere Art der Berechnung gleichfalls möglich gewesen wäre, aber den Interessen der Gemeinde entsprach die von der früheren Vertretung gewählte jedenfalls mehr, weil man dadurch sofort in die Lage kam, wesentliche Gemeindeinteressen, z. B. die Eröffnung der Messelstraße, zu fördern, und weil ja in der That der ganze Capitalstheilbetrag, dessen Zinsenertrag nicht zur Deckung der Annuitäten erforderlich ist, als ein bei diesem Anlehensgeschäfte sofort erzielter Gewinn erscheint, da er mit keiner Gegenleistung belastet ist.

Die frühere Gemeindevertretung ging aber noch weiter, sie wollte selbst diesen Zinsentgang per 123.925 fl. 53 kr. der Gemeinde zurückverschaffen, sowie auch die aufgewendeten Investitionskosten per 11.330 fl. 21 kr., indem diese gleichfalls aus dem Ertragnisse des Anlehenscapitals innerhalb der 50 Jahre refundirt werden sollten, damit eben am Schlusse dieser Periode der gesammte Kaufpreis von 1.471.875 fl. vorhanden sei und wozu das Ertragniß des vorhandenen Capitals gleichfalls hinreicht.

Nun kommt aber Herr Fribar mit Berechnungen, bei denen man die Kühnheit bewundern muß, mit der er seine Ziffercolonnen den gläubigen Lesern vorführt und wobei er schließlich einen angeblichen Verlust von 119.640 fl. 53 kr. herausrechnet, ja er spricht andererseits sogar von einem Verluste per 840.360 fl. 84 kr., bei welchem dem Leser freilich die Haare zu Berge stehen müssen, wenn er dieser Ziffer irgend ein Vertrauen schenkt.

Wir können es unseren Lesern nicht zumuthen, sich mit diesem Ziffernwirrwarr eingehend zu beschäftigen, es wird aber auch genügen, ein paar Punkte hervorzuheben, um zu zeigen, was davon zu halten sei.

Zunächst schafft sich Herr Fribar eine ganz beliebige Grundlage dadurch, daß er zum Kaufpreise per 1.471.875 fl. die $4\frac{1}{2}$ percent. Zinsen und Zinseszinsen hinzuschlägt und so mit 1. October 1883 einen Capitalsstand von 1.615.204 fl. 86 kr. herausbringt. Wir wollen ihm hier nicht nachrechnen, aber daß er dann mit Hinzurechnung der weiteren $4\frac{1}{2}$ percent. Zinsen und Zinseszinsen bis 2. October 1929, also für weitere 46 Jahre, ein Capital per

auf dem hintersten Hof ihre Nothdurft gemacht, so daß die Kirchbäume daselbst ausschlugen wie ein Walb. . . Etliche Ungarn brachten dießmal große Bären von Pferdslänge mit, die im Hause Weinsberg und in anderen Weinhäusern und auf der Straße sich aufrichteten und tanzten nach dem Spiel, welches die Ungarn hatten. Diese Bären blieben nach der Heilighumsfahrt lange Zeit in Köln und in der Umgebung, bis daß sie zuletzt mit den Bären ihre Morderei im Lande antrieben und also vertilgt wurden.“

Anderer Chronisten berichten darüber, wie man die Pilger gespeist und wohnlich, bei großem Andrang sogar in eigens errichteten Bretterbuden, untergebracht habe. Wenn die großen Heilthümer gezeigt wurden, so verdolmetschten die mitgekommenen Priester den Pilgern die Wunderthaten der Heiligen in deren Sprache.

1580 findet sich folgende Notiz: „So frühlich diese Heilighumsfahrten vormals gewesen, also nehmen sie jetzt wegen der zweispaltigen Religion ab“. 1587 sollen unter 10.000 Pilgern 150 aus Ungarn gewesen sein. „Sie trugen drei Kerzen, die an verschiedenen Stellen mit Geld bestochen waren, meist arme Leute aus Böhmen und den benachbarten Gegenden, übel gekleidet, sie bettelten. Man sagt, es seien vornehme und berühmte Leute darunter, deren ich doch keinen erblicken konnte. . . Etliche Jungfern in Köln legten zusammen, um jedem Ungarn ein

12.234.250 fl. 56 kr. herausrechnet, bleibt doch eine starke arithmetische Leistung, denn die Unrichtigkeit dieser Ziffer erhellt auf den ersten Blick. So viel lernt man schon in den Volksschulen, daß ein mit $4\frac{1}{2}\%$ verzinsliches Capital mit Zinsen und Zinseszinsen etwas über 18 Jahre zu seiner Verdopplung brauche, und die 1.615.204 fl. 86 kr. vom 1. October 1883 hätten sich daher am 1. October 1901 auf 3.230.409 fl. 72 kr. und diese am 1. October 1919 auf 6.460.819 fl. 44 kr. erhöht, und daß sich Letztere dann in den weiteren 10 Jahren nicht auf 12.234.250 fl. 56 kr. erhöhen könnten, nachdem zur weiteren Verdopplung auf 12.921.638 fl. 88 kr. wieder 18 Jahre erforderlich wären und die Differenz von 697.388 fl. 32 kr. bereits in $1\frac{1}{4}$ Jahren, also am 1. Jänner 1921, eingebracht worden wäre, wenn es mit dem Capitalstande per 12.234.250 fl. 56 kr. mit 1. October 1919 seine Richtigkeit hätte, findet man wohl sofort heraus.

Allein, was will denn mit dieser Berechnung gesagt werden? Nichts Anderes, als daß der Gemeinde nach Deckung ihrer Verbindlichkeiten am Schlusse der Verlosungsperiode nur 631.513 fl. 16 kr. rein verbleiben würden, wenn sie von dem Capitale nur $4\frac{1}{2}\%$ Zinsen erzielen könnte. Darüber, daß eine $4\frac{1}{2}\%$ ige Verzinsung zur Erhaltung des vollen Capitals nicht genügen würde, besteht aber keine Differenz, denn der Referent Herr Luckmann hat ja selbst nachgewiesen, daß eine $4\frac{7}{8}\%$ ige Verzinsung erforderlich sei, und diese ganze Berechnung verfolgt also nur den Zweck, den Leser durch große Ziffern zu verwirren.

Der Verlust, der sich nach der weiteren Berechnung am 1. October 1883 mit 119.640 fl. 53 kr. herausstellen soll, ist gleichfalls eine köstliche Probe der Rechenkunst des Herrn Fribar.

Er rechnet zunächst aus, daß am 2. October 1883 sich der Capitalstand mit 1.452.195 fl. 87 kr. herausstelle, und will, um den Verlust zu finden, denselben von dem Capitalstande per 1.615.204 fl. 86 kr., der nach seiner Meinung am 2. October 1883 eigentlich vorhanden sein sollte, in Abzug bringen, wobei ihm das kleine Malheur passiert, die Ziffern jener Zahl etwas zu versetzen, denn er bringt nicht den Betrag von 1.452.195 fl. 87 kr., sondern 1.425.195 fl. 87 kr. in Abrechnung und erzielt auf diese einfache Weise einen angeblichen Mehrverlust von 27.000 fl. In diesem vorgeblichen Verluste ist auch die Cursdifferenz von 48.355 fl.

neues leinenes Hemd zu geben. Etlliche Frauen gaben ihnen manchmal ein halb Quart Wein."

In ähnlicher Weise sind die Wallfahrten der folgenden Septennien beschrieben und 1720 findet sich die Notiz, daß an Sonntagen Spielleute zum Tanz der Ungarn bezahlt wurden und daß der begleitende Dolmetsch ein neues Kleid, Hut, Strümpfe und Schuhe erhalten habe. 1734 kamen nur 85 Ungarn, welche sehr gut gespeist wurden. Das Cölestinen-Kloster schlachtete ein Schwein mehr als sonst; ein Kind, das 7 Reichsthaler und 2 Gulden gekostet, wurde mehr als zur Hälfte gegessen. Die Pilger tranken eine Tonne Bier. „Als sie Wohl gegessen haben, haben sie alle Leutdt auff wie die Juden gebeten und seindt alle content weg gegangen; es hat ihnen auch nichts gefehlt als ein Spiel, umb zu tanzen, welches über sieben Jahre besser muß versorgt werden, sonstn werden sie wieder nicht tanzen.“ Die letzte Heilthumsfahrt fand 1769 mit 265 Personen statt, denn der Abzug der für das Jahr 1776 vorbereiteten wurde von der österreichischen Regierung unter sagt; immerhin gelang es aber 1776 noch einzelnen Pilgern, welche angeblich vor Verlautbarung des Verbots abgereist waren, bis nach Aachen zu kommen und dort noch einmal des üblichen Amosens theilhaftig zu werden.

(Schluß folgt.)

88 kr. mit begriffen, da Herr Fribar den Cursstand vom 1. November 1882 als Basis annimmt, der zufällig ein sehr niedriger war, und welche Differenz schon jetzt kaum mehr zur Hälfte besteht und in ein paar Monaten voraussichtlich ganz verschwunden sein wird.

Hierbei möge bemerkt werden, daß die von der früheren Gemeindevertretung getroffene Anordnung, die Werthpapiere nach ihrem Ankaufspreise einzustellen, eine ganz sachgemäße ist. Die Curse variiren von Tag zu Tag, von einem wirklichen Gewinne oder Verluste an den Werthpapieren kann man aber erst dann sprechen, wenn sie einmal veräußert sind, und die Gemeinde wird nie genöthigt sein, die Papiere unter dem Anschaffungspreise zu veräußern, und immer einen denselben entsprechenden Cursstand abwarten können, da man sich im Besitze solcher Werthobjecte immer Baargeld verschaffen und somit den geeigneten Moment zum Verkaufe der Werthpapiere abwarten kann.

Herr Fribar beruft sich zwar sogar auf die Bestimmungen des Handelsgesetzes, wohl nur, um zu zeigen, daß ihm sogar dieses bekannt sei, denn hieher passen dieselben gerade so wie Pontius in's Credo, da die fragliche Bilanz nicht wie eine Handelsbilanz dazu bestimmt ist, den Activ- und Passivstand darzustellen, sondern lediglich den Activstand und die Art seiner Verwendung vorführt.

Wenn man nun von der angeblichen Verlustziffer des Herrn Fribar per . . . fl. 119.640'53 diese beiden Posten per fl. 27.000 — und per . . . „ 48.355'80

zusammen mit . . . fl. 75.355'88

in Abrechnung bringt, so wäre nach seiner eigenen Berechnung mit 1. October 1883 am Umlenkungs-

Capitale ein Abgang per . . . „ 44.284'65

d. h., es wären von den hievon erhaltenen . . . „ 1.471.875'—

am 1. October 1883 noch . . . fl. 1.427.590'35

vorhanden und es wäre von jenen Capitalsquoten per . . . fl. 53.881'20

welche zur Deckung der Amortisationsraten für die beiden ersten Jahre verwendet werden mußten, bereits ein Betrag per 9.596 fl. 55 kr. hereingebracht, was doch nur als ein sehr günstiges Ergebnis betrachtet werden könnte.

Wir glauben, daß diese Proben der Rechenkunst des Herrn Fribar genügen und daß man bezüglich dieses ganzen Exposés wohl in jedem Sinne sagen kann: Das war kein Heldenstück, Octavio!

Parlamentarisches.

Im Abgeordnetenhaus wurden die Gesekentwürfe, betreffend die Zusammenlegung der Grundstücke und die Vereinigung des Waldlandes von fremden Enclaven, angenommen. Die Abgeordneten aus Galizien stellten den Antrag, erwähnte Gesetze hätten auf Galizien ihre Wirksamkeit nicht auszudehnen. Abg. Dr. Kopp jedoch ergriff das Wort, um sein Erstaunen darüber auszudrücken, daß plötzlich ein Land aus einer Gesetzgebung ausgeschlossen werde, und erklärt, für diese Ausnahme keine positiven Gründe finden zu können. Redner sagte: „Ich will nicht, daß der Auschluss eines Landes schlechtlweg und in allen Fällen und als Axiom verworfen werde, allein es müssen doch zwingende, uns wohlbekannte Gründe sein, warum ein Land aus dem Gesetze ausgenommen werden soll. Solche Gründe haben wir bis jetzt aber absolut gar keine gehört und es wäre ein ganz merkwürdiges Präcedens, es wäre der Schatten, den ein mögliches künftiges Ereignis schon hereinwirft, wenn wir anfangen würden, im Handumdrehen in allerlehter Stunde eine so einschneidende Bestimmung zu treffen. Die Reichsgesetzgebung darf nicht gleichsam als

Strafe für die Länder betrachtet werden. Das Reich ist dazu da, die Länder und die Interessen in den Ländern, auch die differenten, zu schützen. Und jetzt soll plötzlich ein Land ausgenommen werden, dieses Schutzes beraubt sein, bevor wir wissen, ob dieser Schutz nicht möglicherweise gerade dort und gerade in dieser Beziehung außerordentlich nothwendig wäre! Und noch ein Letztes. Es ist ja doch erstaunlich, daß ein solcher Antrag plötzlich und unerwartet gestellt wird, nachdem in einem anderen Hause das Gesetz bereits angenommen wurde, ohne daß die Regierung mit einem Worte sich über eine solche Lebensfrage ausgesprochen hätte. Ja, läßt man denn so Blatt an Blatt vom Baume des Reiches fallen, so nebenbei, als sei dies ein Blatt von einem Baume, der nächstes Jahr wieder grünen wird? Wenn die Blätter zu viel und vorzeitig fallen, so ist dies für das Leben des Baumes gefährlich, und darum glaube ich, können wir nicht so schlechtlweg und ohne irgendwelche wahre und überzeugende Begründung für einen solchen ganz erstaunlichen Antrag stimmen. Wir können kein solches Präjudiz schaffen. Mögen denn die Herren aus Galizien, wenn sie für ihre eigenen Verhältnisse so ganz aparte Dinge wollen, sich zum Mindesten dann entfernen, wenn über unsere Angelegenheit entschieden wird, daß sie aber über uns regieren und sich das Selbstregiment vorbehalten, das ist ein Vorgehen, wofür wohl ein Beispiel in irgend einem anderen, noch lebensfähigen Reiche nicht gefunden werden kann.“

Abg. Freiherr v. Doblhoff gab namens der der Linken angehörigen Mitglieder des Steueraussschusses die Erklärung ab, daß bei der Wahl der Subcomités behufs Prüfung der vier Steuervorlagen auf die Mitglieder der Linken keine Rücksicht zu nehmen ist.

Das Abgeordnetenhaus hat die Gewerbe-Novelle in der Fassung des Herrenhauses angenommen.

Der 26. Februar l. J., an welchem Tage die General-Debatte über das Budget pro 1883 beginnen sollte, jedoch auf den 27. v. M. vertagt wurde, erbrachte den unbestreitbaren Nachweis, daß es den Czechen, Polen und Slovenen nicht um Reichsinteressen, sondern nur um die Erfüllung egoistischer, nationaler Zwecke zu thun ist.

Abgeordneter M. v. Carneri, der linken Seite des Hauses angehörig, eröffnete die General-Debatte über das Budget mit einer gediegenen Rede, die folgenden Idenengang einhält: „Die gegenwärtige Regierung gilt mir als ein Unglück, wie es größer meinem Vaterlande kaum hätte widerfahren können. Die Möglichkeit unserer gegenwärtigen Zustände läßt sich nur durch die Trübung des öffentlichen Gewissens erklären. Die Versöhnung soll erreicht werden durch eine grenzenlose Nachgiebigkeit gegen die Slaven, wodurch sie zum Hass gegen einen anderen Stamm des Reiches herangezogen werden. Die slavischen Gambetta-Telegramme überbieten an Haß die frechtsten Kundgebungen der Irredenta. Ein lebenskräftiges Oesterreich kann ja nur ein deutsches sein, weil es ein deutsches Werk ist. (Widerspruch rechts, Beifall links.) Die Unabhängigkeit der Gerichte ist ein Grundsatz, mit welchem die ganze Rechtsicherheit steht und fällt. Ich sehe ab von der Verwirrung, zu welcher unsere Sprachverordnung führen müßte, und habe da nur Eines im Auge, daß der Justizminister in seinen Verordnungen — und da schwebt mir gerade die Verordnung für Steiermark vor — darüber entscheidet, worüber verfassungsmäßig den Richtern allein die Entscheidung zusteht. Wie viel da noch fehlt zu einer Anklage wegen Verfassungsbruches? Nichts als eine Parlamentsmajorität, welche den Schutz der Verfassung als ihre oberste Pflicht anerkennt. Das Bewußtsein des vollen Einverständnisses mit den Wählern ist der Lohn für die deutsche Minorität im Kampfe

dankestriches wegen mit Beschlagnahme belegt worden, der sich in einer harmlosen biographisch-literarischen Reminiscenz an Grillparzer vorgefunden. In ein notorisch regierungsfreundliches Volksblatt ist neulich dem gleichen Schicksale wegen einer Notiz verfallen, die nichts Anderes enthielt als die Meldung über einen thatsächlichen Vorgang in einem engeren militärischen Kreise. Geschieht das belletristischen und regierungsfreundlichen Blättern, so kann man sich denken, welchen Maßregelungen die oppositionelle deutsche Presse ausgesetzt ist. Die Statistik der Confiscationen von Blättern in Oesterreich zeigt Biffern, wie sie niemals noch dagewesen. Wird in Wien an einem Tage kein Blatt mit Beschlagnahme belegt, so kann man überzeugt sein, daß mindestens aus einer oder der anderen Provinzstadt der Drahtbericht über die Confiscation einer Zeitung einläuft. Da muß man sich denn doch fragen, gibt es wirklich so viele böse Menschen, deren Auslassungen so gemeinschädlich sind, daß dieselben der Kenntniß der Mitmenschen vorsorglich entzogen werden müssen? Und noch mehr. Die sogenannte „constitutionelle“ Regierung läßt es sich nicht genügen an der strengsten, illiberalsten Handhabung der Presspolizei, sondern sie greift sogar zu dem kleinlichen Mittel, den Einzelverkauf in den dem großen Publikum zunächstliegenden Verschleißlocalen solchen Blättern zu entziehen, denen selbst die rigorose Pressbehörde keine Sünde nachzuweisen und ihnen den Weg nicht zu versperren vermag, deren Ausführungen aber den Machthabern unangenehm und unbequem sind. Eine derartige administrative Maßregelung regt — wie die Thatfachen zeigen — selbst die politisch indifferenten Massen der Bevölkerung auf. Hat das Ministerium Taaffe-Prasak-Dunajewski wirklich so sehr das freie Wort und das Licht der Oeffentlichkeit zu scheuen?? — Das eben hat zu allen Zeiten in Oesterreich die feudal-slavische Herrschaft verdächtig und unvolksthümlich gemacht, daß sie stets mit dem Odium der Unfreiheit und des Rückschlusses behaftet war. Das sollte sich Graf Taaffe — — — wohl vor Augen halten und es sich zweimal überlegen, bevor er die jetzigen Pressmaßregelungen guthieß, welche seine Ziele wahrlich niemals fördern und nur die Zweifel aller ruhigen Denker und unbefangenen Politiker nähren und

einen größeren Andrang von Pilgern gedachter Nationen voraussetzt. Daß den ersten Anstoß dazu ein großes Landesunglück gegeben hat, ist sehr wahrscheinlich. Möglicherweise war es die Pest, die im Jahre 1349 ganz Mitteleuropa überzog; denn in diesem Jahre war Aachen derart von Pilgern überfüllt, daß König Karl IV. seinen Einzug verschieben mußte. So mag auch die im Jahre 1495 in ganz Oesterreich grassirende Pest Anlaß gegeben haben zu der in diesem Jahre erfolgten Stiftung des Slavenaltars.

Es steht fest, daß die sogenannte „Wiener“ Procession von allen, welche regelmäßig alle sieben Jahre an den Niederrhein kamen, weitaus die zahlreichste war, wenn auch die Angabe, daß die Pilger in einer Zahl von 5000 erschienen seien, etwas stark übertrieben ist. Ein Bericht aus dem Jahre 1524, der uns von 3000 Pilgern erzählt, begreift in dieser Zahl die Pilger aller Nationen mit ein. So viel ist erwiesen, daß die einst wohl sehr bedeutende Zahl der Pilger in stetem Abnehmen war, so daß, als im Jahre 1769 plötzlich 265 Personen erschienen, die alle Pilgerherberge zu Köln, der Spierwald, zu deren Aufnahme nicht hinreichte und die Wallfahrer in Hospitälern nothdürftig untergebracht werden mußten.

Die alten Chroniken berichten uns Allerlei über diese Pilgerfahrten. So wurden 1412 zu Köln im sogenannten Kloster der weißen Frauen durch ungarische Aachenpilger die Reliquien eines Seidenro-

vermehrten können. Das jetzige nervöse Gebahren der Wiener Regierung bekundet nichts weniger als zielklares Selbstbewußtsein, es erscheint vielmehr in allen Emanationen erregt, man könnte fast sagen leidenschaftlich. „Leidenschaften der Regierung jedoch“ — so schrieb Börne schon vor 40 Jahren in seinen „Fragmenten“ — „zeugen von Schwäche, Leidenschaften des Volkes aber zeugen von Stärke.“

Diese Ausführungen verdienen es doch, daß sie nicht nur zur Kenntniß genommen, sondern auch — und zwar, bevor es zu spät ist — recht gewürdigt werden! —

Das Laibacher Lotterie-Anlehen.

IV.

Von einem in den Jahren 1880 und 1881 erzielten Ueberschusse will Herr Gribar nichts wissen und sucht darzuthun, daß sich in diesen Jahren ein Verlust ergeben habe, weil zur Deckung der zwei ersten Annuitäten vom Capitale selbst ein Theilbetrag per 53.881 fl. 20 kr. verwendet worden sei.

Ein Verlust wäre dies nun auch dann nicht, denn man könnte mit Rücksicht darauf höchstens sagen, die Gemeinde habe aus dieser Anlehensoperation nicht 1.471.875 fl., sondern nur 1.417.983 fl. 20 kr. rein erhalten, und wobei man noch davon absehen müßte, daß damit auch schon die Verbindlichkeiten für zwei Jahre erfüllt wurden.

Herr Gribar sagt aber andererseits, ein in sieben Halbjahrsraten zahlbarer Betrag von 1.471.875 fl. sei bei Zugrundelegung eines $4\frac{1}{2}$ percent. Zinsfußes gleich einem sofort eingezahlten Betrage von 1.354.448 fl. 40 kr., und auf diesen Standpunkt stellte sich eben auch die frühere Gemeindevertretung, nur daß sie einen fünfpercent. Zinsfuß zu Grunde legte und demnach den Zinsenentgang mit 123.925 fl. 53 kr. und den sofortigen Capitalswerth mit 1.347.949 fl. 47 kr. annahm.

Da aber jene 123.925 fl. 53 kr. doch auch thatsächlich eingezahlt wurden, so gehören sie gewiß zu den Finanzen, sie mußten mit den entsprechenden Tangenten auf die einzelnen Jahre vertheilt werden und deckten dann nicht nur die Amortisationsquoten der beiden ersten Jahre, sondern ergaben auch jene Ueberschüsse, die ausgewiesen wurden.

Hierin liegt daher durchaus nichts Fingirtes, es waren dies thatsächliche Einnahmen und alle Ein-

leins entdeckt, in welchem der Heiland 1260 einem frommen Kaplan der ungarischen Königin erschienen war. 1440 brach ein Haus durch den übermäßigen Andrang der Schaulustigen zusammen, wobei 17 Personen todt blieben; 1447 kamen wallonisch redende Pilger aus Ungarn, deren Vorfahren, wie erwiesen wurde, im Jahre 1052 zu Zeiten Bischof Wazo's aus Lüttich nach Ungarn ausgewandert waren. — 1453 kamen so viel Windische und Ungarn, daß eine Theuerung entstand und die Aachener Stadtherren die Stadthore verschließen ließen. Sie brachten 150 Wachslerzen.

Jeder Nation war ein besonderer Platz angewiesen, den Slaven z. B. der kleine Kirchhof. 1496, ein Jahr nach der Stiftung des Slavenaltars auf dem Hochmünster, wurden an einem Tage 142.000 Pilger gezählt und die Opfergelber ergaben in 14 Tagen 85.000 Goldgulden. 1517 zogen ihrer etliche Hundert aus Ungarn, Böhmen, Preußen, Livland und Oesterreich durch Hilbesheim, erst nach Trier, dann nach Aachen und anderen heiligen Stätten. Von 1524 an scheint mehr armes Volk gekommen zu sein. Der Chronist Hermann von Weinsberg erzählt: „Man gab den armen Pilgern um Gotteswillen viel Geld. Sie lagen den Bach herauf und herunter in allen Häusern, auch lagen sie mit Haufen zu Weinsberg in meines Vaters Hause und Ställe ganz jämmerlich. Sie aßen Kirsch, Pflaumen und anderes Obst, sie hatten auch, mit Büchten,

streuungen, welche gegen diese Art der Verrechnung vorgebracht werden, sind ganz grundlos. Damit soll nicht behauptet werden, daß nicht eine andere Art der Verrechnung gleichfalls möglich gewesen wäre, aber den Interessen der Gemeinde entsprach die von der früheren Vertretung gewählte jedenfalls mehr, weil man dadurch sofort in die Lage kam, wesentliche Gemeindeinteressen, z. B. die Eröffnung der Messelstraße, zu fördern, und weil ja in der That der ganze Capitalstheibetrag, dessen Zinsenertrag nicht zur Deckung der Annuitäten erforderlich ist, als ein bei diesem Anlehensgeschäfte sofort erzielter Gewinn erscheint, da er mit keiner Gegenleistung belastet ist.

Die frühere Gemeindevertretung ging aber noch weiter, sie wollte selbst diesen Zinsenentgang per 123.925 fl. 53 kr. der Gemeinde zurückerlangen, sowie auch die aufgewendeten Investitionskosten per 11.330 fl. 21 kr., indem diese gleichfalls aus dem Ertragnisse des Anlehenscapitals innerhalb der 50 Jahre refundirt werden sollten, damit eben am Schlusse dieser Periode der gesammte Kaufpreis von 1.471.875 fl. vorhanden sei und wozu das Ertragniß des vorhandenen Capitals gleichfalls hinreicht.

Nun kommt aber Herr Gribar mit Berechnungen, bei denen man die Kühnheit bewundern muß, mit der er seine Ziffercolonnen den gläubigen Lesern vorführt und wobei er schließlich einen angeblichen Verlust von 119.640 fl. 53 kr. herausrechnet, ja er spricht andererseits sogar von einem Verluste per 840.360 fl. 84 kr., bei welchem dem Leser freilich die Haare zu Berge stehen müssen, wenn er dieser Biffer irgend ein Vertrauen schenkt.

Wir können es unseren Lesern nicht zumuthen, sich mit diesem Ziffernwirrwarr eingehend zu beschäftigen, es wird aber auch genügen, ein paar Punkte hervorzuheben, um zu zeigen, was davon zu halten sei.

Zunächst schafft sich Herr Gribar eine ganz beliebige Grundlage dadurch, daß er zum Kaufpreise per 1.471.875 fl. die $4\frac{1}{2}$ percent. Zinsen und Zinseszinsen hinzuschlägt und so mit 1. October 1883 einen Capitalsstand von 1.615.204 fl. 86 kr. herausbringt. Wir wollen ihm hier nicht nachrechnen, aber daß er dann mit Hinzurechnung der weiteren $4\frac{1}{2}$ percent. Zinsen und Zinseszinsen bis 2. October 1929, also für weitere 46 Jahre, ein Capital per

auf dem hintersten Hof ihre Nothdurft gemacht, so daß die Kirschbäume daselbst ausfliegen wie ein Wald. . . Etliche Ungarn brachten dießmal große Bören von Pferdslänge mit, die im Hause Weinsberg und in anderen Weinhäusern und auf der Straße sich aufrichteten und tanzten nach dem Spiel, welches die Ungarn hatten. Diese Bören blieben nach der Heilighumsfahrt lange Zeit in Köln und in der Umgebung, bis daß sie zuletzt mit den Bören ihre Morderei im Lande antrieben und also vertilgt wurden.“

Anderer Chronisten berichten darüber, wie man die Pilger gespeist und wohnlich, bei großem Andrang sogar in eigens errichteten Bretterbuden, untergebracht habe. Wenn die großen Heilthümer gezeigt wurden, so verdolmetschten die mitgekommenen Priester den Pilgern die Wunderthaten der Heiligen in deren Sprache.

1580 findet sich folgende Notiz: „So frühlich diese Heilighumsfahrten vormals gewesen, also nehmen sie jezt wegen der zweispaltigen Religion ab“. 1587 sollen unter 10.000 Pilgern 150 aus Ungarn gewesen sein. „Sie trugen drei Kerzen, die an verschiedenen Stellen mit Geld bestochen waren, meist arme Leute aus Böhmen und den benachbarten Gegenden, übel gekleidet, sie bettelten. Man sagt, es seien vornehme und berühmte Leute darunter, deren ich doch keinen erblicken konnte. . . Etliche Jungfern in Köln legten zusammen, um jedem Ungarn ein

12,234.250 fl. 56 kr. herausrechnet, bleibt doch eine starke arithmetische Leistung, denn die Unrichtigkeit dieser Ziffer erhellt auf den ersten Blick. So viel lernt man schon in den Volksschulen, daß ein mit $4\frac{1}{2}\%$ verzinsliches Capital mit Zinsen und Zinseszinsen etwas über 18 Jahre zu seiner Verdopplung brauche, und die 1,615.204 fl. 86 kr. vom 1. October 1883 hätten sich daher am 1. October 1901 auf 3,230.409 fl. 72 kr. und diese am 1. October 1919 auf 6,460.819 fl. 44 kr. erhöht, und daß sich Letztere dann in den weiteren 10 Jahren nicht auf 12,234.250 fl. 56 kr. erhöhen könnten, nachdem zur weiteren Verdopplung auf 12,921.638 fl. 88 kr. wieder 18 Jahre erforderlich wären und die Differenz von 697.388 fl. 32 kr. bereits in $1\frac{1}{4}$ Jahren, also am 1. Jänner 1921, eingebracht worden wäre, wenn es mit dem Capitalstande per 12,234.250 fl. 56 kr. mit 1. October 1919 seine Richtigkeit hätte, findet man wohl sofort heraus.

Allein, was will denn mit dieser Berechnung gesagt werden? Nichts Anderes, als daß der Gemeinde nach Deckung ihrer Verbindlichkeiten am Schlusse der Verlosungsperiode nur 631.513 fl. 16 kr. rein verbleiben würden, wenn sie von dem Capitale nur $4\frac{1}{2}\%$ Zinsen erzielen könnte. Darüber, daß eine $4\frac{1}{2}\%$ ige Verzinsung zur Erhaltung des vollen Capitals nicht genügen würde, besteht aber keine Differenz, denn der Referent Herr Luckmann hat ja selbst nachgewiesen, daß eine $4\frac{1}{2}\%$ ige Verzinsung erforderlich sei, und diese ganze Berechnung verfolgt also nur den Zweck, den Leser durch große Ziffern zu verwirren.

Der Verlust, der sich nach der weiteren Berechnung am 1. October 1883 mit 119.640 fl. 53 kr. herausstellen soll, ist gleichfalls eine köstliche Probe der Rechenkunst des Herrn Friar.

Er rechnet zunächst aus, daß am 2. October 1883 sich der Capitalstand mit 1,452.195 fl. 87 kr. herausstelle, und will, um den Verlust zu finden, denselben von dem Capitalstande per 1,615.204 fl. 86 kr., der nach seiner Meinung am 2. October 1883 eigentlich vorhanden sein sollte, in Abzug bringen, wobei ihm das kleine Malheur passiert, die Ziffern jener Zahl etwas zu versetzen, denn er bringt nicht den Betrag von 1,452.195 fl. 87 kr., sondern 1,425.195 fl. 87 kr. in Abrechnung und erzielt auf diese einfache Weise einen angeblichen Mehrverlust von 27.000 fl. In diesem vorgeblichen Verluste ist auch die Cursdifferenz von 48.355 fl.

neues leinernes Hemd zu geben. Etliche Frauen gaben ihnen manchmal ein halb Quart Wein."

In ähnlicher Weise sind die Wallfahrten der folgenden Septennien beschrieben und 1720 findet sich die Notiz, daß an Sonntagen Spielleute zum Tanz der Ungarn bezahlt wurden und daß der begleitende Dolmetsch ein neues Kleid, Hut, Strümpfe und Schuhe erhalten habe. 1734 kamen nur 85 Ungarn, welche sehr gut gespeist wurden. Das Cölestinen-Kloster schlachtete ein Schwein mehr als sonst; ein Kind, das 7 Reichsthaler und 2 Gulden gekostet, wurde mehr als zur Hälfte gegessen. Die Pilger tranken eine Tonne Bier. „Als sie Wohl gessen haben, haben sie alle Leutd auff wie die Juden gebeten und seindt alle content weg gegangen; es hat ihnen auch nichts gefehlt als ein Spiel, umb zu dancen, welches über sieben Jahre besser muß versorgt werden, sonstn werden sie wieder nicht dancen.“ Die letzte Heilthumsfahrt fand 1769 mit 265 Personen statt, denn der Abzug der für das Jahr 1776 vorbereiteten wurde von der österreichischen Regierung untersagt; immerhin gelang es aber 1776 noch einzelnen Pilgern, welche angeblich vor Verlautbarung des Verbots abgereist waren, bis nach Aachen zu kommen und dort noch einmal des üblichen Almosen theilhaftig zu werden.

(Schluß folgt.)

88 kr. mit begriffen, da Herr Friar den Cursstand vom 1. November 1882 als Basis annimmt, der zufällig ein sehr niedriger war, und welche Differenz schon jetzt kaum mehr zur Hälfte besteht und in ein paar Monaten voraussichtlich ganz verschwunden sein wird.

Hierbei möge bemerkt werden, daß die von der früheren Gemeindevertretung getroffene Anordnung, die Werthpapiere nach ihrem Ankaufspreise einzustellen, eine ganz sachgemäße ist. Die Kurse variiren von Tag zu Tag, von einem wirklichen Gewinne oder Verluste an den Werthpapieren kann man aber erst dann sprechen, wenn sie einmal veräußert sind, und die Gemeinde wird nie genöthigt sein, die Papiere unter dem Anschaffungspreise zu veräußern, und immer einen denselben entsprechenden Cursstand abwarten können, da man sich im Besitze solcher Werthobjecte immer Baargeld verschaffen und somit den geeigneten Moment zum Verkaufe der Werthpapiere abwarten kann.

Herr Friar beruft sich zwar sogar auf die Bestimmungen des Handelsgesetzes, wohl nur, um zu zeigen, daß ihm sogar dieses bekannt sei, denn hieher passen dieselben gerade so wie Pontius in's Credo, da die fragliche Bilanz nicht wie eine Handelsbilanz dazu bestimmt ist, den Activ- und Passivstand darzustellen, sondern lediglich den Activstand und die Art seiner Verwendung vorführt.

Wenn man nun von der angeblichen Verlustziffer des Herrn Friar per . . . fl. 119.640·53 diese beiden Posten per fl. 27.000·— und per . . . „ 48.355·80 zusammen mit fl. 75.355·88

in Abrechnung bringt, so wäre nach seiner eigenen Berechnung mit 1. October 1883 am Anlehens-Capitale ein Abgang per . . . „ 44.284·65 d. h., es wären von den hievon erhaltenen „ 1,471.875·— am 1. October 1883 noch . . . fl. 1,427.590·35 vorhanden und es wäre von jenen Capitalsquoten per . . . fl. 53.881·20 welche zur Deckung der Amortisationsraten für die beiden ersten Jahre verwendet werden mußten, bereits ein Betrag per 9.596 fl. 55 kr. heringebracht, was doch nur als ein sehr günstiges Ergebnis betrachtet werden könnte.

Wir glauben, daß diese Proben der Rechenkunst des Herrn Friar genügen und daß man bezüglich dieses ganzen Exposés wohl in jedem Sinne sagen kann: Das war kein Heldenstück, Octavio!

Parlamentarisches.

Im Abgeordnetenhaus wurden die Gesetzentwürfe, betreffend die Zusammenlegung der Grundstücke und die Vereinigung des Waldbandes von fremden Enclaven, angenommen. Die Abgeordneten aus Galizien stellten den Antrag, erwähnte Gesetze hätten auf Galizien ihre Wirksamkeit nicht auszudehnen. Abg. Dr. Kopp jedoch ergriff das Wort, um sein Erstaunen darüber auszudrücken, daß plötzlich ein Land aus einer Gesetzgebung ausgeschlossen werde, und erklärt, für diese Ausnahme keine positiven Gründe finden zu können. Medner sagte: „Ich will nicht, daß der Ausschluß eines Landes schlechtweg und in allen Fällen und als Axiom verworfen werde, allein es müssen doch zwingende, uns wohlbekannte Gründe sein, warum ein Land aus dem Gesetze ausgenommen werden soll. Solche Gründe haben wir bis jetzt aber absolut gar keine gehört und es wäre ein ganz merkwürdiges Präcedens, es wäre der Schatten, den ein mögliches künftiges Ereigniß schon hereinwirft, wenn wir anfangen würden, im Handumdrehen in allerlehter Stunde eine so einschneidende Bestimmung zu treffen. Die Reichsgesetzgebung darf nicht gleichsam als

Strafe für die Länder betrachtet werden. Das Reich ist dazu da, die Länder und die Interessen in den Ländern, auch die differenten, zu schützen. Und jetzt soll plötzlich ein Land ausgenommen werden, dieses Schutzes beraubt sein, bevor wir wissen, ob dieser Schutz nicht möglicherweise gerade dort und gerade in dieser Beziehung außerordentlich nothwendig wäre! Und noch ein Letztes. Es ist ja doch erstaunlich, daß ein solcher Antrag plötzlich und unerwartet gestellt wird, nachdem in einem anderen Hause das Gesetz bereits angenommen wurde, ohne daß die Regierung mit einem Worte sich über eine solche Lebensfrage ausgesprochen hätte. Ja, läßt man denn so Blatt an Blatt vom Baume des Reiches fallen, so nebenbei, als sei dieß ein Blatt von einem Baume, der nächstes Jahr wieder grünen wird? Wenn die Blätter zu viel und vorzeitig fallen, so ist dieß für das Leben des Baumes gefährlich, und darum glaube ich, können wir nicht so schlechtweg und ohne irgendwelche wahre und überzeugende Begründung für einen solchen ganz erstaunlichen Antrag stimmen. Wir können kein solches Präjudiz schaffen. Mögen denn die Herren aus Galizien, wenn sie für ihre eigenen Verhältnisse so ganz aparte Dinge wollen, sich zum Mindesten dann entfernen, wenn über unsere Angelegenheit entschieden wird, daß sie aber über uns regieren und sich das Selbstregiment vorbehalten, das ist ein Vorgehen, wofür wohl ein Beispiel in irgend einem anderen, noch lebensfähigen Reiche nicht gefunden werden kann.“

Abg. Freiherr v. Doblhoff gab namens der der Linken angehörigen Mitglieder des Steueraussschusses die Erklärung ab, daß bei der Wahl der Subcomités behufs Prüfung der vier Steuervorlagen auf die Mitglieder der Linken keine Rücksicht zu nehmen ist.

Das Abgeordnetenhaus hat die Gewerbe-Novelle in der Fassung des Herrenhauses angenommen.

Der 26. Februar l. J., an welchem Tage die General-Debatte über das Budget pro 1883 beginnen sollte, jedoch auf den 27. v. M. vertagt wurde, erbrachte den unbestreitbaren Nachweis, daß es den Czechen, Polen und Slovenen nicht um Reichsinteressen, sondern nur um die Erfüllung egoistischer, nationaler Zwecke zu thun ist.

Abgeordneter M. v. Carneri, der linken Seite des Hauses angehörig, eröffnete die General-Debatte über das Budget mit einer gediegenen Rede, die folgenden Ideen im Einklange hielt: „Die gegenwärtige Regierung gilt mir als ein Unglück, wie es größer meinem Vaterlande kaum hätte widerfahren können. Die Möglichkeit unserer gegenwärtigen Zustände läßt sich nur durch die Trübung des öffentlichen Gewissens erklären. Die Versöhnung soll erreicht werden durch eine grenzenlose Nachgiebigkeit gegen die Slaven, wodurch sie zum Hass gegen einen anderen Stamm des Reiches herangezogen werden. Die slavischen Gambetta-Telegramme überbieten an Haß die frechtsten Kundgebungen der Treudenta. Ein lebenskräftiges Oesterreich kann ja nur ein deutsches sein, weil es ein deutsches Werk ist. (Widerspruch rechts, Beifall links.) Die Unabhängigkeit der Gerichte ist ein Grundsatz, mit welchem die ganze Rechtsicherheit steht und fällt. Ich sehe ab von der Verwirrung, zu welcher unsere Sprachenverordnung führen müßte, und habe da nur Eines im Auge, daß der Justizminister in seinen Verordnungen — und da schwebt mir gerade die Verordnung für Steiermark vor — darüber entscheidet, worüber verfassungsmäßig den Richtern allein die Entscheidung zusteht. Wie viel da noch fehlt zu einer Anklage wegen Verfassungsbruches? Nichts als eine Parlamentsmajorität, welche den Schutz der Verfassung als ihre oberste Pflicht anerkennt. Das Bewußtsein des vollen Einverständnisses mit den Wählern ist der Lohn für die deutsche Minorität im Kampfe

gegen die Verläumdung. Ich gönne übrigens der Regierung das Denkmal, das sie für alle Zeiten — scripta manent! — sich jetzt mit einer nie dagewesenen officiösen Schandpresse gesetzt hat. Die Versöhnungspolitik, welche, wenn man ihr die Larve vom Gesichte reißt, als Slavisirung Oesterreichs uns angrinst, griff bereits nach dem Herzen Oesterreichs, denn Oesterreichs Herz ist das deutsche Wien. (Stürmischer Beifall links.) Ganz Wien begriff, daß es sich gegenüber der Schule nicht um das naturgemäße Bedürfnis eines Volkstammes, sondern um eine künstliche Agitation handelt, welche, um den Besuch der Schule zu erzwingen, vor keinem Gewaltact zurückschrecken würde. So konnte nur eine Regierung vorgehen, welcher der österreichische Staatsgedanke abhanden gekommen ist. Ich bin überzeugt, dem Ministerpräsidenten wäre ein tüchtiger Krawall hundertmal lieber gewesen als der Widerstand innerhalb der Schranken des Gesetzes. Endlich beginnt es klarer zu werden im öffentlichen Gewissen. Leichter wird die Lage des Reiches freilich dadurch nicht, ihre Färbung wird womöglich noch dunkler; was ich jedoch bereits herandämmern sehe, ist der Anbruch einer neuen Zeit. Alles hat seine Grenzen!"

Abgeordneter P. Kljun, der Rechten angehörig, ergriff das Wort, um Vorwürfe gegen die Aera der liberalen Regierung und gegen die segensreiche Action der Verfassungspartei zu erheben. Der clerikale Abgeordnete aus Krain trat als Lobredner des Taaffe'schen Regimes auf, legte der früheren liberalen Regierung und der ihr getreuen Partei vorgekommene Concessions-Mißbräuche, Bankengründungen, Selbstmorde, Diebstähle, Defraudationen, Amtsmissbräuche und andere Verbrechen zur Last. Die lange, an Inculpationen reiche Rede Kljun's erregte auf der linken Seite des Hauses zu wiederholten Malen lebhaft, schallende, anhaltende Heiterkeit, einzelnen Stellen der Rede folgte sogar lautes Gelächter im ganzen Hause.

Das Budget pro 1883 weist ein Deficit im Betrage von 32,270.291 fl. aus.

Politische Wochenübersicht.

Das in Prag erscheinende, gut versirte Tagesjournal „Bohemia“ stellt im Hinblick auf die dem böhmischen Oberst-Landmarschall Fürsten Carlos Auersperg gewährten dreimaligen kaiserlichen Audienzen und mit Bezug auf die „schmutzige“ Kaminski-Affaire eine „Wendung im Inneren“ in Aussicht. Das genannte Blatt sagt: „Der Eindruck, den erwähnte Ereignisse gemacht, ist kein geringer, sondern nachhaltiger. Feinsinnige wollen wahrnehmen, daß in gewissen Kreisen, bei welchen man es gewöhnt ist, daß sie immer mit der Strömung gehen und, wenn sie einer solchen angehören und inne werden, daß es mit derselben zu Ende gehe, sich bei Zeiten schon für die nächste Strömung vorbereiten, ein Stimmungs- und Haltungswechsel sich bemerkbar mache, für welchen vielleicht erst spätere Ereignisse den Schlüssel bieten werden. Man wird aber gut thun, auf derlei Anzeichen bei Zeiten zu achten und darauf bedacht zu sein, die Dinge, eben weil sie vorläufig nicht an die Oberfläche kommen und weil sich Vieles hinter den Coulissen abspielt, nicht zu stören.“

Das deutsch geschriebene Czechenblatt — die „Politik“ — scheint eben auch eine „Wendung im Inneren“ zu wittern, sie sagt nämlich: „Die Majorität des Abgeordnetenhauses hat allen Grund, diesmal ihre einige und ungetheilte Kraft zu entfalten. In Deutschland vollzieht sich soeben ein bedeutsamer Umschwung, Fürst Bismarck sucht und findet über das Haupt der conservativen Partei hinweg die Verbindung mit den gemäßigt liberalen Elementen. Es ist dieß eine hochbedeutsame Thatsache, wenn man bedenkt, daß nicht nur die innere

Politik Deutschlands und Oesterreichs seit geraumer Zeit parallel laufen.“

Polen und Czechen stehen in den letzten Tagen einander in gereizter Stimmung gegenüber. Die Lemberger „Gazeta Narodowa“ schreibt: „Unsere Verbündeten, die Czechen, für welche wir sonst gekämpft haben, lassen uns im Stich. Fraktionen, von welchen Niemand weiß, warum sie autonomistisch genannt werden, stimmen gegen die Autonomie. Unsere Amendements fallen. Diese Zwischenfälle sind nur ein Präludium im Vergleich zu den Zwischenfällen, welche bei der Schulnovelle zu erwarten sind. Der Schulgesetzentwurf ist eine Pandorabüchse. Die polnische Delegation hat den Kopf verloren. Existirt dort gar keine Leitung mehr? Eigentlich ist die Leitung des Polenclubs krankhaft. Der Präsident und Vicepräsident sind krank. Andere sollten die Führerschaft übernehmen.“

Wochen-Chronik.

Die „Deutsche Ztg.“ erfährt, daß die Beamten aller Ministerien mit Rücksicht auf die Vorgänge der letzten Zeit den Auftrag erhielten, die Amtsgeheimnisse der Regierung strengstens zu wahren.

In Pettau wird ein Kaiser Josef-Denkmal errichtet.

Der zwischen den verschiedenen Philippinen-Inseln verkehrende Dampfer ist in die Luft geschoßen, wobei gegen hundert Personen getödtet wurden.

Bei Alfanello im Brescianischen fiel ein Meteorstein im Gewichte von 50 Kilogramm nieder, der zwei Meter tief in den Boden einschlug und eine Erschütterung wie von einem Erdbeben oder einer starken Pulverexplosion verursachte.

Ungeachtet großer Agitation der Slovenen drangen bei der Wahl des großen Grundbesitzes in die Bezirksvertretung Marburg sämtliche vom liberalen Comité vorgeschlagenen Candidaten bei so starker Betheiligung der Wähler, wie sie noch nie dagewesen, durch. Die slovenische Partei blieb mit 65 Stimmen gegen 233 in der Minorität. Dadurch ist den Deutschen die Majorität in der Vertretung selbst gesichert. Dieses Wahlergebnis ist umso erfreulicher, als bei der letzten Wahl vor drei Jahren diese Gruppe nur Slovenen entsendet hatte und jetzt mit den Deutschen eine bedeutende Anzahl angesehener slovenischer Grundbesitzer für die liberale Liste stimmte.

Der Grazer Gemeinderath faßte eine Resolution, womit das Abgeordnetenhaus ersucht wird, die neuen Steuervorlagen in der Regierungsfassung nicht anzunehmen, sondern den derzeit bestehenden Verhältnissen Rechnung zu tragen und dahin zu stimmen, daß Einkommen unter 600 fl. von der Besteuerung ausgeschlossen werden.

In Mährisch-Trübau entdeckte die Gendarmerie einige tausend Exemplare einer hochverräterischen Flugschrift, die an die bäuerliche Bevölkerung gerichtet ist und gegen die Verfassung aufreizt. Der Titel derselben lautet: „Bauern, vereinigt Euch, Einigkeit macht stark!“ Die vorgefundenen Exemplare wurden von der Bezirkshauptmannschaft confiscirt und die Anzeige bei der Brünner Staatsanwaltschaft erstattet.

Wie Wiener und steiermärkische Blätter melden, ist der sechsundvierzig Jahre alte Berg-Director Wilhelm Ihne in Draßnigg nach Verbrechen des Betruges und der Veruntreuung aus Graz flüchtig geworden und dürfte sich nach Amerika begeben haben. Wilhelm Ihne war bereits in gerichtlicher Untersuchung und auf freiem Fuß belassen. Derselbe ist aus Dortmund in Westphalen gebürtig.

In der Steiermark bestehen 44 Ortsgruppen des Deutschen Schulvereines; die Ortsgruppe Graz zählt 1300 Mitglieder.

In den drei ersten Quartalen des Jahres 1882 wurden in Oesterreich 856,712.387 Cigarren und 85,044.625 Cigarretten verbraucht.

Am 27. v. Mts. plakten in Rom gleichzeitig drei Papierpetarden auf dem Quirinalplatze, im Vestibule des Palais Chigi und auf der Piazza Venezia ohne irgend welche beklagenswerthe Folgen; es wurden mehrere Verhaftungen vorgenommen.

In Innsbruck sprach sich eine Versammlung von 800 Arbeitern für die Gewerbefreiheit und achtjährige Schulpflicht aus. Die clerikalen Gegner schwiegen oder stimmten für die Resolution.

Ausland.

Die in Brüssel ausliegende „Intern. Corr.“ bringt einen die Lage in Oesterreich betreffenden Artikel mit folgendem Passus: „unser Ministerium habe nicht mehr jenen festen Boden, wie dieß noch vor kurzer Zeit der Fall war.“

Frankreich besitzt derzeit folgendes Cabinet: Thibaudin (Krieg), Tirard (Finanzen), Mahy (Ackerbau), Cochet (Post), Pierre Legrand (Handel), Waldeck-Rousseau (Justiz), Raynald (öffentliche Arbeiten), Brun (Marine) und Berthelot (Unterricht).

Serbien ist wieder der Schauplatz panslavistischer Agitationen geworden, welche Anlaß gaben, daß seitens der Regierung die Ausweisung vieler verdächtiger Montenegriner verfügt wurde.

Montenegro faßte den Beschluß, für den Fall, daß die Pforte bis zum nächsten Frühjahr die Montenegro am Berliner Congresse zuerkannten Gebietstheile in Beta nicht gütlich abtreten sollte, dieselben mit Waffengewalt zu nehmen und die Verantwortung dafür der Pforte zuzuschreiben.

Das „Journal Officiel“ veröffentlicht Decrete, welche den Herzog von Aumale, den Herzog von Chartres und den Herzog von Alençon in den nicht activen Stand durch Entziehung der Verwendung versetzen.

Der Petersburger „Regierungs-Anzeiger“ veröffentlicht einen kaiserlichen Befehl, betreffend die Niederlegung einer besonderen höheren Commission aus Beamten verschiedener Ressorts unter dem Vorsteher des Staatssecretärs Makow, früheren Ministers des Inneren, beauftragt Durchsicht sämtlicher die Juden betreffender Reichsgesetze und Aufstellung von Entwürfen über nothwendige Modificationen derselben.

In Spanien agitirt eine socialistisch-anarchisch gesinnte Gesellschaft, die 7000 Mitglieder zählt.

Original-Correspondenz.

Rudolfswörth, im Februar 1883.

Den Nationalen ist es bekanntlich gelungen, die Communalvertretung unserer Stadt in ihre Hände zu bekommen, und schon die bisherigen Leistungen des neuen Regiments, welchem wir nun verfallen sind, lohnen in der That der Mühe, daß sich die Deffentlichkeit mit denselben befaße. Mit der neuen Gemeindevertretung sind Elemente an's Ruder gekommen, welche schon früher im Gemeindeleben eine Rolle zu spielen versuchten, sich jedoch lediglich in Kleinlichen Nergeleien gegen die liberale Gemeindevertretung und namentlich gegen deren opferwilligen, verdienstvollen früheren Vorstand, Bürgermeister von Lehman, ergingen. Namentlich waren es dessen rastlose Bestrebungen um das Schulwesen, welche seitens der nationalen Opposition einen ganz ungeRechtfertigten Widerstand fanden, wobei freilich auch Privatinteressen nicht ganz außer Spiel standen. Bürgermeister Lehman wirkte mit aller Energie und Umsicht für den Neubau einer Mädchenschule, welcher nicht nur beschloßen, sondern schon in der Einleitung begriffen war, als von einer Reihe von Malcontenten, welche aus hier nicht zu erörternden, jedoch gewiß nicht sachlichen Gründen der Gemeinde zur Unterbringung dieser Schule ein baufälliges Gebäude

annöthigen wollten, gegen den Neubau Recurse und Proteste eingebracht wurden, mit welchen die Austragung dieser Angelegenheit in der That so lange hinausgeschoben wurde, daß die neue — nationale — Gemeindevertretung der ganzen Bausache eine neue Wendung zu geben vermochte. Das Vorhaben eines Neubaus wurde aufgegeben und zur Unterbringung der Schule eine im Werden begriffene Ruine ausgewählt, welche ursprünglich keine geringere Bestimmung hatte, als ein „Narodni Dom“ für die Unterbringer zu sein. Vor Jahren wurde nämlich durch einige Beiträge ein Fond zu diesem Baue geschaffen und ein Verein gegründet, welcher den hehren Zweck hatte, dieses Nationalhaus für die belokraince und Solche, die es werden wollen, zu erbauen. Aber wie es schon einmal mit allen ähnlichen hochfliegenden Plänen der nationalen Gerngroße geht, so passirte es auch den Freunden des Rudolfswerther „Narodni Dom“, daß sie sich auf ihrem Icarus-Fluge ihre Flügel verbrannten, nämlich in Schulden stürzten und den kaum begonnenen Bau einstellen mußten. Seitdem steht der nationale Rohbau so unvollendet da, wie das Königreich Slovenien, Wind und Wetter hausten um das Gemäuer, und in den öden Fensterhöhlen wohnte das Grauen. Diesem unheimlichen Monumente nationaler Unfertigkeit mußte natürlich die neue Gemeindevertretung ein Ende zu machen suchen und die passendste Gelegenheit hiezu schien ihr diese, das Gebäude zur Unterbringung der Mädchenschule zu verwenden. Ein dießfälliger Beschluß war gefaßt, der von dem früheren Gemeindevorstande sorgfältig beigeschaffte Vorrath an Baumaterialien zur Verfühlung bestimmt und es obwaltete kein Anstand mehr, den Ausbau des „Narodni Dom“ zum Zwecke der Vermietung desselben an die Stadtgemeinde zu Schulzwecken in Angriff zu nehmen, wodurch zwar freilich der ursprüngliche Zweck nicht erreicht, aber doch den pendenten Verlegenheiten dieser Nationalruine ein Ende bereitet werden konnte. Nun fehlte es aber nur noch an einer Kleinigkeit, nämlich an den Mitteln zum Abputzungsbaue. Um diesem Uebelstande abzuheilen, wandte sich der Rudolfswerther „Narodni Dom“ vertrauensvoll an seinen Kollegen, den Laibacher „Narodni Dom“, der bekanntlich heidenmäßig viel Geld hat, mit dem Ansuchen um Gewährung eines Darlehens von 4000 fl. Die nationale Solidarität äußerte sich nun in einer in der That glänzenden Weise, das Darlehen wurde anstandslos lediglich mit dem ganz kleinen Unterschiede bewilligt, daß die Baluta desselben nicht in schönem Baargeld, sondern — in Lotterielosen des Laibacher „Narodni Dom“ à 1 fl., 4000 wohlgezählten Stücken al pari unter der Bedingung der Verzinsung und Sicherstellung gewährt wurde. Man denke sich die peinliche Ueberraschung unserer Dom-Herren, als ihnen, die von Laibach Brot verlangten, Steine gereicht wurden. Mit der in Geldsachen auch den Nationalen eigenen Ungemüthlichkeit refürsteten sie die Danaergabe und kann man nun in der That neugierig sein, welche andere Geldquelle für den endlichen Ausbau des „Narodni Dom“ erschlossen werden und was mit der Mädchenschule geschehen wird, deren zweckmäßige, von allen Schulbehörden gebilligte Unterbringung in einem neuen Gebäude nun gewiß auf lange Zeit hinausgeschoben bleibt.

Locale Nachrichten.

— (Ueber die Kaiser-Reise nach Krain) bringt eine angeblich gut unterrichtete Wiener „Correspondenz“ nachstehendes Programm: Den bisherigen Dispositionen zufolge wird der Kaiser, den auch Kronprinz Rudolf begleiten soll, die Reise am 10. Juli Früh mittelst Separat-Hofzuges der Südbahn von der Station Hefendorf aus mit größerem Gefolge, unter dem sich die beiden Generaladjutanten Feldzeugmeister Baron Mondel und Generalmajor Freiherr v. Popp, zwei Flügeladjutan-

ten, Obersthofmeister Graf Bombelles und ein Flügeladjutant des Kronprinzen, sowie ein Generalstabschef, ferner Oberstküchenmeister Graf Wolfgang Rinsky, Hofrath Ritter v. Klauy, Stabsarzt Dr. Johann v. Langi und Andere mehr befinden werden, antreten. Der Kaiser und der Kronprinz werden in Laibach in der Burg Absteigequartier nehmen. Auf der Reise nach Laibach, woselbst die Ankunft zwischen 6 und 7 Uhr Abends erfolgen dürfte, wird der Kaiser in mehreren Städten auf den Bahnhöfen die Begrüßungen der Spitzen der Behörden und Corporationen entgegennehmen. An der krainischen Landesgrenze wird der Monarch durch den Landeshauptmann Grafen Thurn an der Spitze des Landesauschusses, sowie durch den Landescommandirenden empfangen und von denselben sodann auf der Weiterreise bis Laibach begleitet werden. Bei der Ankunft in Laibach wird der Bürgermeister mit dem Gemeinderathe den Kaiser begrüßen. Abends findet in der Burg ein kleineres Diner statt. Am nächstfolgenden Morgen wird in der Domkirche zu St. Nikolaus ein vom Fürstbischof Dr. Pogacar celebrirter feierlicher Gottesdienst abgehalten, welchem der Kaiser und der Kronprinz Rudolf mit ihren Suiten anwohnen werden. Nach beendigtem Festgottesdienste findet die Grundsteinlegung für das neue Museumgebäude statt. Im Laufe desselben Tages wird der Kaiser die Schuldeputationen in feierlicher Audienz empfangen. Nachmittags findet beim Kaiser ein großes Galadiner und Abends ein Théâtre paré statt. Für den nächstfolgenden Tag wurde Militärparade und Besuch der verschiedenen öffentlichen Anstalten in Aussicht genommen. Nachmittags findet das zweite große Galadiner beim Kaiser statt. An den beiden großen Dinern werden außer dem Kaiser und dem Kronprinzen die Spitzen der Behörden und der Geistlichkeit theilnehmen. Die folgenden zwei Tage wird der Kaiser mit dem Kronprinzen zu verschiedenen näheren und weiteren Ausflügen, theils per Wagen und theils per Bahn, benützen und sodann am 14. Abends oder am Morgen des 15. Juli nach Ischl abreisen.

— (Zur Sprachenfrage in Krain.) Der Gesetzentwurf über die Regelung der Gerichtssprache für Steiermark und Krain wird die ausdrückliche Bestimmung enthalten, daß die administrative Behörde und das Ministerium zu entscheiden haben werden, welche Sprache bei den Gerichten eines Bezirkes die übliche ist, und nicht, wie bisher, die Obergerichte.

— (Gegen die jetzigen Volksführer.) Das in Laibach erscheinende Organ des kleinen Gewerbsmannes und der Arbeiterbevölkerung „Ljudski glas“ spricht sich anläßlich der bevorstehenden Gemeinderathswahlen gegen das Gebahren der bermalen im Gemeinderathe maßgebenden Persönlichkeiten folgendermaßen aus: „Die Volkspartei in Laibach gewinnt von Tag zu Tag mehr an Boden, sie wird daher bei den Gemeinderathswahlen nicht unthätig sein. Es ist uns unmöglich, blindlings dem Commando etlicher Pervaken Folge zu leisten, die an das Volk nur bei den Wahlen appelliren, sonst aber sich gar nichts um dasselbe kümmern. Wir werden uns mit unseren Gesinnungsgenossen verständigen, damit die Bevölkerung zu einer würdigen, für ihr Wohl besorgten Vertretung gelange. Wir wollen uns nicht mehr von etlichen Herren terrorisiren lassen, die wohl viel vom Volke sprechen, jedoch keinen Funken Liebe für dasselbe besitzen. Mancher derselben, von nationalem Dünkel erfüllt, meint, das Volk sei nur dazu da, um sich auf seine Kosten zu mästen und es dann sitzen zu lassen. Mit solchen Volksführern muß tabula rasa gemacht werden. Schon längst sind wir der Ueberzeugung, daß unter derartiger Leitung das Volk immer tiefer in Noth und Elend versinken müsse. Es thut daher noth, einig und vorsichtig zu Werke zu gehen und andere Wege zu betreten, als es jene sind, auf welche uns

die Patrone des papiernen „Slovenski Narod“ verweisen. Unserer Stadt gebricht es an Manchem, wovon jene Herren noch nie geträumt haben. Mögen sie uns auch verdächtigen und beschimpfen, so wird uns dieß in unseren Tendenzen nicht beirren. Das Volk wird in Kürze zur Einsicht gelangen, wer sein wahrer Freund ist. Wir befassen uns nicht mit dramatischen Spielereien, wir tanzen nicht bei unterschiedlichen Belustigungen für die Nation, sondern wir wollen dafür arbeiten, daß das Volk gekräftigt und der Fesseln entledigt werde, in die man es gekettet hat. In diesem Sinne wollen wir bei den Wahlen arbeiten und Denjenigen, die sich nur dem Namen nach als Volksfreunde aufwerfen, die Larve vom Gesichte reißen.“

— (Kaminski-Affaire.) In den Untersuchungsausschuß für die Affaire Kaminski wurde an Stelle des Abgeordneten Klaić der slovenische Abgeordnete Dr. Tonkli gewählt. Die Herren Slovenen, welche sich stets mit Vorliebe als Asketen in Geldsachen geriren, hätten also nun die Gelegenheit, im parlamentarischen Strafgerichte durch den Mund ihres Genossen Tonkli ihrer moralischen Entrüstung über diese Provisionsgeschichte Ausdruck und ihr verdammendes Urtheil über dieselbe abzugeben. Wir zweifeln jedoch, daß diese Aufgabe dem Dr. Tonkli zugebracht ist; hiefür spricht vor Allem nicht der Anlaß seiner Berufung, welcher dem Vernehmen nach darin bestand, daß Abgeordneter Klaić sein Mandat für denselben darum niederlegte, weil seine Anschauungen über die Affaire Kaminski mit den Intentionen des Executiv-Comité's der Rechten nicht ganz in Uebereinstimmung standen, was nicht anders als dahin ausgelegt werden kann, daß Dr. Klaić der Absicht des Clubs, die Untersuchung, wie immer sich die Sachlage vom Rechtsstandpunkte gestalten möge, zu einem für das Prestige der Herren Polen ungefährlichen Abschlusse zu führen, nicht unter allen Umständen folgen zu können vermeinte. Dr. Tonkli mochte dem Executiv-Comité dießfalls besser zu Gesicht stehen, da er ein Mitglied der slovenischen Reichsrathsfraction ist, von welcher es eben bekannt ist, daß sie als alleinigen Leitstern ihrer Action die Fortexistenz der nationalen Majorität, die Erhaltung ihres politischen Einflusses, die Durchsetzung ihrer engherzigen sprachlichen und rückschrittsfreundlichen Bestrebungen unverrückt vor Augen hat. Was diesem Zwecke dient, wird von diesen Herren unbedingt gethan, und sachliche Erwägungen müssen diesem Endziele immer nachstehen. So ist nun dafür gesorgt, daß alle Mitglieder der Rechten im Untersuchungsausschuße ihr Bestes thun werden, daß die fatale Kaminski-Affaire für die regierende Rechte keine unangenehmen Folgen habe und daß dieser Ausschuß das Resultat seiner Arbeit mit dem Bewußtsein: „Alles ist gerettet“ dem Parlamente vorlegen kann. Immerhin muß es sehr auffallen, daß ein Abgeordneter, welcher in diesen Ausschuß gewiß nur mit reiflicher Ueberlegung seiner Qualification gewählt wurde, nachdem er in denselben eingetreten und sich in der Sache zu unterrichten in der Lage war, sein Mandat niederlegte. Es muß doch wohl eine harte Nuß sein, diese Aufgabe des Kaminski-Ausschusses.

— (Ein entschiedenes Programm.) Der Kaiser bestätigte die Wahl unseres Gesinnungsgenossen Dr. Ferdinand Duchatsch zum Bürgermeister der Stadt Marburg. Duchatsch theilte in feierlicher Gemeinderathsitzung und in Gegenwart des Regierungscommissärs sein Arbeitsprogramm mit. Der gediegenen Antrittsrede entnehmen wir folgende beachtenswerthe Stelle: „Wir werden in unserer Stadt Niemanden in der Verfolgung der ihm staatsgrundgesetzlich gewährleisteten Rechte beirren, werden jedoch jedes Bestreben, jeden Versuch, unsere Wege zu kreuzen oder Verhältnisse zu ändern, wie sie seit Jahrhunderten bestehen, wie sie die alten Urkunden unserer Archive, die Pfarrbücher und die in den

Kirchen befindlichen Denksteine unserer verstorbenen Vorfahren bezeugen, mit Entschiedenheit zurückweisen. Was der Bürgerinn für gut befunden, für dessen Bestand er laut und oft genug sich erklärt, was deutscher Fleiß und Bürgerinn begründet, soll uns in dieser Art auch erhalten bleiben. Die Ufer unserer deutschen Drau sind hoch, unsere Wehr ist gut, die angedrohte südslavische Hochfluth soll uns nicht überschütten, unseren Sinn für Freiheit und geistigen Fortschritt nicht ertränken."

— (Personal-Nachrichten.) Herr Alfons Pavich v. Pfauenthal, Bezirkshauptmann in Marburg, wurde zum Statthaltererrathe in Zara ernannt und demselben der Titel und Charakter eines Hofrathes verliehen. — Herr Graf Gleispach, Oberstaatsanwalt in Graz, wurde von Sr. Majestät dem Kaiser in Audienz empfangen. — Oberberggrath i. N. Herr Karl v. Urbanitzky wurde als Ritter des Ordens der eisernen Krone dritter Classe in den Ritterstand erhoben. — Herr Oberstlieutenant Wenzel Holeschek, Commandant der Pulverfabrik in Stein, wurde zum Commandanten des Artillerie-Bezugsdepots in Pola ernannt.

— (Sterbefälle.) Am 22. Februar starb in Zara Landes-Gymnasial-Inspector Dr. Solar in Folge Schlagflusses; Solar gehörte der nationalen Partei an und war vor einigen Jahren als Gymnasialschulensinspector in Krain thätig. — In Cilli verschied am selben Tage der Senior der Aerzte Südstierrmarks, Dr. Stefan Ročevan. Das slovenische Lager erlitt einen schweren Verlust. Die „Deutsche Wacht“ widmet dem Verstorbenen folgenden Nachruf: „In dem Verewigten verliert das slovenische Volk seinen edelsten und opferwilligsten Zeitgenossen. Mit unendlicher, ja geradezu idealer Liebe hing er an seiner Nation. Seine Bestrebungen waren von der reinsten Begeisterung getragen, seine Waffen im politischen Kampfe offen und ehrlich. Er war die incarnirte Selbstlosigkeit und daher auch von seinen deutschen Mitbürgern nicht minder geehrt und geachtet wie von den Slovenen. In ihm wird nicht nur ein Wohlthäter der Armen, sondern auch ein hochherziger Arzt zu Grabe getragen, der, trotz der in den letzten Jahren schon schwer gewordenen Bürde des Alters, jederzeit für Hilfsuchende zur Verfügung stand, der keine Unterschiede zwischen arm und reich kannte. Mögen die Hinterbliebenen in dem tiefen Beileid, das tausend und tausend Herzen bewegt, einen leisen Trost für den unerseßlichen Verlust finden.“ Die Bestattung der Leiche Ročevan's fand am 26. v. M. statt. Die Grazer „Tagespost“ fügt dem dießbezüglichen Berichte folgende Bemerkungen bei: „Man hatte es für nöthig erachtet, einige Falken (Sokol's) aus Agram, Laibach und dem oberen Santhale kommen zu lassen, damit die Fahnen derselben dabei etwas Wind machten. Die zahlreichen Kränze mit gewiß prächtigen, zumeist blau-weiß-rothen Bandschleifen wurden einzeln, und zwar je ein Kranz von zwei bis drei Personen getragen. Die Sokolisten marschirten an der Spitze des Zuges. Es war deren keine besondere Anzahl, aber die Wenigen genügten, um in der Bevölkerung eine Entrüstung über die Demonstration, die man bei einem so traurigen Anlasse versuchte, hervorzurufen. Bekanntlich ist vom Erhabenen zum Lächerlichen nur ein Schritt; und so hat sich denn auch durch das Arrangement dieses Leichenbegängnisses die Stimmung der Trauer in eine wesentlich andere umgewandelt. Wenn wir über den Popanz, der dabei zur Schau getragen wurde, nicht mehr Worte verlieren, so mögen es die ungeschickten Arrangeure der hohen Achtung, die wir vor dem Verewigten stets hatten, danken.“ — Am 28. v. M. wurde in Laibach die wegen ihres Wohlthätigkeitsfinnes in allen Gesellschaftskreisen geachtete Realitätenbesitzerin Frau Maria Gregel unter großer Theilnahme der Bevölkerung zu Grabe getragen.

— (Kammermusik.) Bei der am 25. v. M. stattgefundenen 3. Kammermusik-Production gewährte in erster Linie Mozart's D-moll-Quartett, op. 10, Nr. 2, besonderes Interesse. Köstlicher Humor belebt diese reizende Composition, die von den Herren Gerstner, Müller, Andreae und Hodel virtuos und geschmackvoll behandelt wurde; dem Andante folgte stürmischer Beifall. — Die zweite Programm-Nummer, Beethoven's Sonate, op. 47, für Clavier und Violine, erzeugte durch vortreffliches Spiel der Herren Böhler und Gerstner zündende Wirkung; der dritte Satz wurde brillant gegeben. — Den Schluß des 3. Kammermusikabendes machte Robert Volkmann's Streichquartett in A-moll, op. 9, unstreitig eine beachtenswerthe Blüthe der Kammermusik, jedoch dem Ohr minder zugänglich, in absonderliche Rhythmen gekleidet, breit angelegt, dasselbe Motiv oft wiederholend, deshalb Ermüdung und Langweile erzeugend. Empfindliche Störung erfuhr der Vortrag hervorragender Stellen durch das Geläute der Glocken auf dem Thurme der dem Concertsaale naheliegenden St. Jakobskirche; es schien, als wollte das dröhnende Geläute Veto dagegen einlegen, daß ein volles Hundert Menschenleben, anstatt sich mit voller Lust dem Genuße des herrlichen sommerlichen Nachmittages hinzugeben, im geschlossenen Concertsaale den Schöpfungen alter Tonmeister lauschte.

— (Das vierte Concert) der philharmonischen Gesellschaft findet morgen um halb 5 Uhr Nachmittags im hierlandschaftlichen Redoutensaal statt. Programm: 1. Richard Wagner: Ouverture zur Oper „Tannhäuser“ für großes Orchester. 2. F. Mendelssohn-Bartholdy: Concert für Violine mit Orchesterbegleitung, gespielt von Herrn Hans Gerstner. 3. B. C. Neßler: a) Arie: Ja, er hat mir's angethan, b) Gertrud's Verzweiflung, für Sopran, aus der Oper: „Der Rattenfänger von Hameln“, gesungen von Frä. Clementine Eberhart. 4. Franz Lachner: Suite Nr. V in fünf Sätzen, für großes Orchester: a) Introduction und Allegro, b) Menuetto, c) Andante, d) Scherzo, e) Finale.

— (Landschaftliches Theater.) Die Direction Mondheim-Schreiner hat Glück! An Stelle der von ihr im Programme signalisirten, jedoch bis heute noch nicht gebrachten Novitäten: „Der König hat's gesagt“, „Eine Nacht in Venedig“, „Cyprienne“, „Die Späßen“, „Die Karolinger“, „Pater Lorenz“, „Die Welt, in der man sich langweilt“, tischte sie uns Kinder der bereits in Ehren ergrauten dramatischen Muse, namentlich: den „Hofmeister in tausend Nengsten“, den „Sohn auf Reisen“, den „Schneider Nips“, „Eine vollkommene Frau“, ein „Recept gegen Schwiegermütter“, „Barbier und Pächterin“, den „Monsieur Hercules“ und noch andere auf, lud den bestrenommirten Wiener Komiker und ausgezeichneten Charakterdarsteller Herrn Wilhelm Knaak zu Gast und erzielte mit diesem Manöver einen durchschlagenden, finanziell sehr günstigen Erfolg. Die Tage vom 23. bis 27. v. M. waren für lachlustige Theaterfreunde Festtage, das Schauspielhaus war an diesen fünf Abenden ausverkauft, Jung und Alt strömte herbei, um den „berühmten Knaak“ zu sehen und zu hören, um seine hervorragende komische Kraft und seine vorzügliche Mimik zu bewundern. Direction und Gast haben höhere als gehoffte Rente gefunden. Während dieses Gastspieles waren aber auch unsere ersten ständigen Bühnenkräfte, namentlich die Herren Röder, Horwiz, Auspitz und die Damen Ekbüchel, Kadelz, Klaus, Wallhof, auch der zweite Gast, Herr Neuhoff, eifrig bemüht, Herrn Knaak bestens zu unterstützen.

— (Aus dem Casinovereine.) Der am nächsten Samstag den 10. März d. J. stattfindende Vereinsabend dürfte sich, soviel bisher vom Programme verlautete, zu einer höchst gelungenen Unter-

haltung gestalten. Es sollen von Dilettanten zwei einactige Lustspiele zur Aufführung kommen, die beide in Laibach noch nicht gegeben wurden; das eine davon ist überhaupt eine vollständige Novität, nämlich ein vor einiger Zeit von der Prager „Concordia“ bei einer von ihr ausgeschriebenen Concurrenz mit dem ersten Preise ausgezeichnetes Stück, welches demnächst am Wiener Hofburgtheater zur Darstellung gelangt. Nebst den beiden Lustspielen soll eventuell noch ein lebendes Bild in's Programm aufgenommen werden, und zwar historischen Charakters.

— (Aus dem Gerichtssaale.) Am 1. begann beim Laibacher Landesgerichte die Hauptverhandlung über die Kircheneinsturz-Affäre in Wochener-Feistritz. Als Vorsitzender fungirt OGH. Kapreg; als Vertreter die Landesgerichtsräthe: v. J. Huber, Freiherr v. Nechbach und OGH. Tomitsch; als Vertreter der Staatsbehörde: Staatsanwalts-Substitut Schettina; als Schriftführer: Auscultant Potrato. Als Vertheidiger der Angeklagten fanden sich ein: Dr. Jarnik für den Maurerpolier Andreas Beof, Dr. Mosch für den Pfarrer Johann Mesar und Dr. Suppan für den Bezirks-Ingenieur Konrad Grimm. Nach Inhalt der Anklage haben: 1. Beof dadurch, daß er, ohne hiezu befähigt zu sein, den Kirchenbau in Wochener-Feistritz übernahm, von dem behördlich genehmigten Bauplane durch Aufstellung von schwachen Steinpfeilern statt der beantragten massiven, gemauerten, als einzige Stützen des Thurmes, abwich, die Gewölbsfüße nicht regelrecht auslegte, das Mauerwerk nicht fachmännisch ausführte und am 6. August 1881, als er schon Sprünge im Gewölbe erblickte, die Maurer zur Arbeit auf den Thurm schickte; 2. Mesar dadurch, daß er als Obmann des Baucomités von dem behördlich genehmigten Bauplane durch Aufstellung der steinernen Pfeiler abwich, daß er die ihm behördlich aufgetragenen Modalitäten und Vorschriften außer Acht ließ und insbesondere vom 28. April 1880, dem Tage der Niederlegung der Bauleitung von Seite des Ingenieurs Konrad Grimm, bis zum 6. August 1881 den Bau der Kirche ohne Beziehung eines technisch gebildeten Bauleiters fortführte; endlich 3. Grimm dadurch, daß er als Bauleiter die ihm obliegende Pflicht der Beaufsichtigung und Leitung des Baues vernachlässigte, der Aufstellung der planwidrigen Pfeiler nicht entgegentrat, in seiner Mittheilung an die k. k. Bezirkshauptmannschaft Radmannsdorf über die Niederlegung der Bauleitung das wahre Motiv — die ihm bekannte Abweichung von dem genehmigten Bauplane — verschwie und lediglich Ueberhäufung mit Amtsgeschäften vorschützte, sich Handlungen rücksichtlich Unterlassung schuldig gemacht, deren Folgen darin bestanden, daß am 6. August 1881 der Kirchthurm und ein Theil der Kirchenwölbung einstürzte, sieben Menschen getödtet und eine Person schwer verwundet wurden. Nach § 335 des St.-G. constatirt die Staatsanwaltschaft ein strafbares Vergehen gegen die Sicherheit des Lebens. (Fortf. folgt.)

— (Der Haupttreffer) der Triester Ausstellungs-Lotterie, bestehend aus einer Goldpyramide im Gewichte von 33.160 Kilo oder in Baarem De. W. fl. 50.000, fiel — dem Ausstellungs-fonde zu.

— (Zur heurigen Assentirung) wurden ausnahmsweise auch die in der vierten Alters-classe stehenden Wehrpflichtigen berufen.

— (Der Fischerei-Verein in Krain) ließ 15.000 Stück Forellen, welche in der zu Studenz befindlichen Brutanstalt herangezogen wurden, in den vom Gutsbesitzer Freiherrn v. Godelli zu diesem Zwecke unentgeltlich überlassenen Besnizbach einsetzen.

— (Der Agio-Zuschlag) bei Zollgebühren-Zahlungen wurde pro März mit 19 Percent festgesetzt.

Verstorbene in Laibach.

Am 22. Februar. Rosa Černe, Uhrmachers-Tochter, 7 M., Petersstraße 38, Lungentuberkulose. — Johanna Marinka, Arbeiterin, 57 J., Almonstraße 19, Lungentuberkulose. — Martin Luchel, Tagelöhner, derzeit Inquirit, 48 J., Chrön-gasse, 15, Herzlähmung. — Josef Kavcic, derzeit Sträfling, 42 J., Castellgasse 12 (Strafhaus), chronische Lungentuber-kulose.

Am 24. Februar. Maria Nant, Heizers-Tochter, 2 1/2 J., Florianergasse 9, Auszehrung. — Theresia Sigelberger, Haus-besizers-Tochter, 15 M., Firmnergasse 3, Wassersucht. — Julia Veslaj, Zimmermanns-Tochter, 8 J., Polanastraße 58, Fraisen.

Am 25. Februar. Georg Puft, gewes. Zimmermann, 73 J., Grabeshof 19, Marasmus.

Am 26. Februar. Kaspar Zivic, Arbeiters-Sohn, 2 M., Hühnerdorf 18, Fraisen. — Maria Gregel, Realitätenbesizers-Witwe, 62 J., Franziskanergasse 12, Herzlähmung.

Am 27. Februar. Aloisia Bobik, Beamten-Waise und Private, 63 J., Rodnigasse 4, Lungensucht.

Am 28. Februar. Anna Kocmur, Tagelöhners-Tochter, 6 J., Florianergasse 35, ist plötzlich gestorben und wird sanitätspolizeilich beschauf. — Elias Verlinic, Grund-besizer, derzeit Sträfling, 59 J., Castellgasse 12, Lungen-lähmung.

In Civilspitale. Am 21. Februar. Andreas Spala, Arbeiter, 48 J., Herzflappenfehler. — Eduard Calderaris, Friseur, 51 J., Tuberkulose. — Am 22. Februar. Josefa Simsic, Commissionärs-Gattin, 33 J., und Theresia Bajser, Inwohnerin, 22 J., beide an chronischer Lungentuberkulose. — Stefania Leben, Inwohnerin, 47 J., Peritonitis perfora-tiva. — Helena Bentovic, Cigarrenfabriks-Arbeiterin, 19 J. (Polanastraße 42), Blattern. — Am 24. Februar. Georg Petercel, Inwohner, 65 J., Wassersucht. — Johann Kalcic, Anstreicher, 30 J., Lungentuberkulose. — Gertraud Kalisnik, Inwohnerin, 63 J., Herzlähmung.

Witterungsbulletin aus Laibach.

Februar	Luftdruck in Milli- metern auf 0 reducirt	Thermometer nach Celsius			Nieder- schlag in Milli- metern	Witterungs-Charakter
	Tages- mittel	Tages- mittel	Maxi- mum	Mini- mum		
23	745.6	+ 5.7	+ 13.6	- 1.0	0.0	Morgens bewölkt, tagsüber ziemlich heiter.
24	745.2	+ 5.1	+ 9.4	+ 0.8	0.0	Mist trübe, Abendroth.
25	743.9	+ 4.5	+ 8.8	+ 0.8	0.0	Wolkloser Himmel, Abendroth.
26	741.5	+ 7.7	+ 12.0	+ 10.0	0.0	Windig, heiter, farbiger Mondhof.
27	744.1	+ 1.9	+ 7.0	- 3.4	0.0	Vormittags heiter, Nachmittags bewölkt.
28	736.8	+ 5.4	+ 12.6	- 1.5	0.0	Morgens bewölkt, tagsüber heiter, Abendroth.

Handlungs-Realität-Verkauf.

Im freundlichen und belebten Markt **Feldkirchen in Kärnten** an der k. k. priv. Kronprinz Rudolf-Bahn, Hauptstraße, ist eine **Handlungs-Realität**, frequenter aller Pösten, sehr gut gebaut, worauf seit 42 Jahren ein **Spirituosen, Specerei, Material, Mehl- und Eisen-waaren-Handel** mit gutem Erfolge betrieben — und auch ein **Kurz- und Schnittwaaren-Geschäft** mit verbunden werden kann, welche bestens situiert, vermöge großer Magazine und Keller-räumlichkeiten auch zum **Productengeschäfte** und **Bierbrauerei** vorzüglich geeignet, unter günstigen Bedingungen wegen famili-verhältnissen aus freier Hand zu verkaufen und kann ein großer Theil des Kaufschillings auf mehrere Jahre liegen bleiben. Anstufung erteilt **F. P. K. Nr. 133** in Feldkirchen in Kärnten. (1070) 5-2

Dr. Schmidt's bewährtes Hühneraugen-Pflaster



wird seit vielen Decennien als schmerzlos und sicher wirkendes Mittel zur vollständigen Entfernung der Hühneraugen angewendet.

Die Wirkung dieses Dr. Schmidt'schen Hühneraugen-Pflasters ist nahezu überauschend, da nach mehrmaligem Gebrauche jedes Hühnerauge ohne jegliche Operation entfernt werden kann. — Preis einer Schachtel mit 15 Pflasterchen und einer Hornsattel zum Herausziehen der Hühneraugen (1030) 10-4

23 kr. ö. W.

Hauptversendungs-Depot: **Gloggnitz, N.-Ostl., in Julius Bittner's Apotheke.**

Depot in Laibach bei **J. Svoboda, Apotheker, und J. v. Trnkoczy, Apotheker.**

NB. Beim Ankaufe dieses Präparates wolle das P. T. Publikum stets darauf achten, daß jede Schachtel beigebrunte Schutzmarke führe.

Original BODEGA

Spanische Weinstube,

Wien, Kärntnerstrasse 14, vis-à-vis der Weihburggasse.

Rothe und weiß. Portwein, per Glas in 1/10 Liter 21 fr. bis 50 fr., per Flasche fl. 1.54 bis fl. 3.57.

Scherry, per Glas in 1/10 Liter 15 fr. bis 47 fr., per Flasche fl. 1.12 bis fl. 3.36.

Madaira, per Glas in 1/10 Liter 24 fr. bis 64 fr., per Flasche fl. 1.75 bis fl. 4.55.

in 1/10 Liter per Glas, per Flasche

Marfala 20fr., fl. 1.47

Rothe u. weiß. Malaga 22fr., fl. 1.61

Spanisch 15fr., fl. 1.12

Muscadel 33fr., fl. 2.38

Malvolsey 33fr., fl. 2.38

Mlicante 19fr., fl. 1.40

Zeugniss.

Von der k. k. chemisch-physiologischen Versuchsstation für Wein- und Obstbau zu Klosterneuburg.

Das der von Seite der The London Bodega Company zur Untersuchung eingesendete medelische Malaga-Sect, sowie der Vino Santo auf Grund der hiezu durchgeführten Analyse sich als sehr gute echte Weine erwiesen haben und auch in diätetischer Beziehung zum Gebrauche für Kranke und Reconvallescenten empfohlen werden können, wird bestätigt von

Prof. Dr. L. Kossler m. p.

Medicinescher Malaga 1862er per Flasche ö. W. fl. 2.17. Vino Santo (Gesundheits-Wein) per Flasche ö. W. fl. 1.75.

Direct von China via London importirter Souong-Thee, 1/10, 1/2, 1/4 Kilo, à fl. 5, 6, 7, 9 per Kilo.

Bei Abnahme von 4 Kilo 10% Rabatt.

The London Bodega Comp.

Wichtige Anzeige!

Die Rumburger und schlesischen Fabriken haben ihre Lager bei der

k. k. Hof-Leinen-Wäsche-Fabrik

E. FOGL,

Wien, Mariahilferstraße 25,

zur Liquidation durch den gefertigten besetzten k. k. b. Schatzmeister zum Schatzmeister, und zwar mit 35 Prozent unter dem normalen Kostenpreise, um schnellen Abgang durch kurze Zeit zu erzielen, bestimmt.

Es wird gegen Vorkaufnahme oder auch gegen Vorkaufnahme (bei Beträgen über 50 fl. franco) zugesendet, laut Schätzung:

1 Dbd. weiße oder farb. Herrenhemden mit oder ohne fl. fr. Krägen (Halbsaumfang mit Papierkreisen oder Centimeter anzugeben) fl. 15.—, 18.—, 24.—, die feinsten 30.—

1 Dbd. Leinen-Herrenhemden fl. 24.—, fl. 36.—, die feinsten 48.—

1 Dbd. Herren-Unterhosen mit Zug fl. 9.—, 12.—, 15.— bis 18.—

1 Dbd. Leinen-Herren-Unterhosen mit französischem Besatz zum Knöpfen fl. 15.—, fl. 18.— 24.—

1 Dbd. Schirtings-Damen-Hemden, glatt fl. 9.— bis fl. 12.— m. gestickt. An- u. Einfäden fl. 15.—, 18.—, 24.—, feinste 30.—

in Leinen, garantiert beste Sorte, glatt fl. 18.— 21.—

gestickt in modernster Ausführung f. Ausstattungen fl. 30.— fl. 36.—, 42.—, 48.—. Die feinsten kosteten um die Hälfte mehr.

Damenhosen (3 Größen) per Dugend fl. 10.— bis 12.—, reich gestickt fl. 18.— bis 24.—

Nacht- oder Negligé-Baden, das Dbd. fl. 12.—, 15.—, 18.— mit reicher Stickerei, das Elegante fl. 24.—, 30.—, 42.—

Weiße Damen-Schirting-Unterhosen, das Dbd. fl. 15.—, 18.—, 24.— mit Stickerei fl. 36.— 48.—

Schwarze Moiré- od. farb. Koitbrode per Stück bloß fl. 2.—

Damenschürzen, weiß, fr. 50, 75, fl. 1.—, mit Stickerei auch in schwarzem Lure mit Zug fl. 1.— 1.50

Barquent-Schürze- od. Plaid-Jacke, Hose oder Unterrod, per Stück nur fl. 1.—, 1.50 bis 2.—

Damen-Schlafrode (Maß: Vorderer Länge, Brustumfang) aus grau Leinen, eleg. farb. Gesten, pr. St. fl. 3.—, 4.—, 5.—

Damenstrümpfe, weiß o. Modelfarben, pr. Dbd. fl. 4.—, 6.—, 10.—

Herren-Außensoden pr. Dbd. fl. 3.—, 4.—, 6.—, die besten 8.—

Herren-Halskrägen (Halbsaumumfang) 1 Dbd. fl. 1.20 u. 2.—

Herren- oder Damen-Mantelketten, das Dbd. fl. 3.— und 4.—

Moderne Herren-Gravaten pr. St. nur in Seide fr. 30, 50

Wollene Gefundpfeilebänder oder Hosen per Stück bloß fl. 1.—, 1.50 2.—

1 Garnitur, farb. (2 Bett- u. 1 Tischdecke) nur fl. 7.—, 9.—, 12.—

1 Dbd. weiße Leinen-Taschentücher fl. 1.50, 2.—, 2.50, 3.—, 4.—, 5.—, die feinsten 6.—

1 Dbd. weiße Leinen-Taschentücher mit farb. Rand fl. 3.—, fl. 4.—, die feinsten 5.—

1 Dbd. weiße Battisttücher m. farb. Rand fl. 1.—, 1.50, 2.—

1 Stück 30ell. farb. Bettzeug oder weißen Atlasgradl, bloß fl. 6.—, 8.—, der beste 10.—

1 Stück 30ell. Rein-Hauskleinwand fl. 6.—, 7.—, 8.— 10.—

1 St. 40ell. Wirtschaftseleinwand bloß 10.—, 12.—, 15.—, 18.—

1 St. 50-54ell. Rumburg. od. Weiggarn-Weben, d. Beste, fl. 18.—, 20.—, 25.— 30.—

1 St. 30ell. Schirting fl. 5.—, 6.—, 8.—, der beste 9.—

1 Dbd. Leinen-Handtücher fl. 4.—, 5.—, 6.— 8.—

1 Tischuch oder farbiges Kaffeetuch bloß fl. 1.—, 1.50, 2.—, 2.50

1 Dbd. weiße Tisch-Servietten bloß fl. 3.—, 4.—, 5.—, 6.—

1 Damastgarnitur, 6 Pers. (1 Tuch u. 6 Servietten) fl. 5.—, 7.— für 12 Personen das Doppelte.

1 St. 12 Bettleintücher oder für Deckenklappen ohne Naht, fl. 18.—, 20.—, 24.—, 30.— 36.—

Regenschirm mit Stroh fl. 2.—, 3.—, Seide, die feinsten, fl. 5.— 6.—

Auch sind zu beziehen: [1060 12-3]

1 Stück ord. 30ell. Leinwand fl. 4.—, 1 Dbd. ungebleichte Hand-tücher fl. 1.50, 2.—, 1 Dugend kleine Taschentücher 70 fr. bis fl. 1.—, Servietten per Dugend fl. 2.—, Kaffeetuch, per Stück 39 fr.; kurz, alle Waaren, die irgend wer annouciert, und zwar 20 Prozent billiger.

Auch Hemden und Unterhosen 75 fr. per Stück.

Versendungen unter Garantie gegen Geld-Voranweisung oder Vorkaufnahme auf briefliches Verlangen. Adresse:

E. Fogl

Erste kais. kön. Hof-Leinen-Wäsche-Fabrik, Wien, Mariahilferstrasse Nr. 25.

Russische Regierung

Die kais.

ist mittelst Ministerial-Erlasses, Mediz. Depart., vom 28. Jänner 1881 bestätigt, dass die k. k. priv. Eucalyptus-Mundessenzen von M. Dr. C. M. FABER zu Wien

nach Prüfung und Einführung derselben in den kais. Hospitälern und öffentlichen Heilanstalten, sich besonders heilsam bewährt: 1. (wörtlich) in Desinfectionsmittel zur Reinigung der Luft in Wohn- und Krankenzimmern; 2. als hygienisches Präservativ gegen miasmatische Affektionen der Mund- und Rachenhöhle; und 3. als locales Heilmittel in verschiedenen Krankheiten der Mund-, Rachen- und Nasenhöhlen (Diphtheritis, Angina, Rachonkatarrhe, Ozaena etc.)

Die Eucalyptus-Mundessenzen ist in allen Apotheken und renommierten Parfümerien der österr.-ungar. Monarchie und des Auslandes zum Preise von ö. W. fl. 1.20 per Flacon vorrätig.

Directe Bestellungen von mindestens 3 Flaconen werden porto franco effectuirt vom eigenen Versand-Depôt

in Wien, I., Bauernmarkt Nr. 3.

Keine geflickte Wäsche mehr!!

Wer seine schadhafte Wäsche mit der Nähmaschine schnell und so schön zu stopfen wünscht, daß man vom gewesenen Schaden nicht das Mindeste bemerkt, beliebe sich den von mir hierzu erfundenen

Stopp-Apparat

anzuschaffen. — Derselbe ist an jeder Nähmaschine, gleichviel, welchen Systems, anzubringen und nach der ihm beigegebenen Anweisung so leicht zu gebrauchen, daß selbst im Maschinenbau Mindegeübte schon beim ersten Versuche mit diesem Apparate weitläufige schöne arbeiten, als es die geübteste Stopperin bei größter Augenanstrengung ohne denselben vermag.

Preis fl. 1.80 per Nachnahme, bei Voreinführung des Betrages Zusendung franco. (1071) 5-1

G. Grasser, Leoben Nr. 14 in Steiermark.

(Gegründet 1816.)

Anton Pauly,

kaiserl. königl. priv.

Bettwaaren-Fabrikant,

Wien, VIII., Lerchenfelderstraße 36,

empfehle sein reichhaltiges Lager aller Gattungen Bettwaaren, und zwar: Eisenbetten, Betteinlagen, Matratzen, abgenähte Bettdecken, Bettwäsche etc., sowie seine große Auswahl von Bettfedern, Flaumen, Dunen und gefülltem Roßhaare.

Preis-Courante sammt Zeichnungen gratis und franco. (1042) 20-1

Verleger und verantwortlicher Redacteur: Franz Müller in Laibach.

Rede

Er. Excellenz des Herrn Abgeordneten

Dr. Herbst

als Generalredner in der General-Debatte über das Budget 1883

der 273. Sitzung des Abgeordnetenhauses

vom

2. März 1883.

Es ist nun das vierte Mal, daß mir in diesem hohen Hause in seiner gegenwärtigen Zusammensetzung die Ehre zu Theil wurde, durch die Redner auf dieser Seite des hohen Hauses zum Generalredner gewählt zu werden. Ich bin mir daher wohl bewußt, welche Verpflichtungen ich damit übernommen und worüber ich zu sprechen habe, und worüber zu sprechen ich auch, da nun 22 Jahre verstrichen sind, seit ich ununterbrochen an den Budgetberathungen dieses hohen Hauses theilgenommen habe, einigermaßen be- rufen sein kann. Die Herren brauchen sich nicht zu fürchten, daß ich dem Beispiele desjenigen Redners von der anderen Seite, welcher soeben wieder sprach, folgen, und mich in eine Polemik einlassen werde, und zwar am allerwenigsten in jene Methode der Polemik, welche demselben beliebt hat und welche darin besteht, daß man einzelne Sätze einer unseugbar geistvollen und bedeutenden Rede aus dem Zusammenhange reißt, sich dieselben beliebig appetitirt (Sehr gut! links) und daraus Schlußfolgerungen zieht. (Sehr richtig! links.) Ich habe umsoweniger nothwendig, mich mit der Rede des sehr geehrten Herrn Abgeordneten weiter zu beschäftigen, weil ein Redner aus diesem hohen Hause bereits gestern in offenbar zureichender und sehr treffender Weise dessen Ausführungen besprochen hat, namentlich auch die Ausführungen desselben über die Verhältnisse in Wien und über eine vielbesprochene Angelegenheit in Wien. Ich kann daher auch das,

was ihm von zwei oder drei Damen — etwas für einen Statistiker sehr Unbestimmtes (Heiterkeit links), denn er variiert um nicht weniger als 50 Percent in seiner Angabe — ich kann also das, was ihm im Kreise einiger Damen bekannt geworden ist, umsoweniger mit Stillschweigen übergehen, weil solche Bemerkungen von seiner Seite etwas unerwartet kamen; denn ihm sind ja die Verhältnisse einer anderen Stadt offenbar viel besser bekannt, als diejenigen von Wien, und er hätte daran denken sollen, daß bezüglich dieser Stadt im Jahre 1880, also vor mehr als zwei Jahren, das Reichsgericht einen Ausspruch gefällt hat, der die Einrichtung einer Schule mit einer dortigen Landessprache — was doch heute die tschechische in Wien noch nicht ist (Sehr richtig! Heiterkeit links) — angeordnet hat und er darin nichts Besonderes findet, daß dieser Ausspruch des Reichsgerichtes bezüglich einer Nationalität, welche dort die volle Gleichberechtigung genießen muß, noch bis zum heutigen Tage ohne Ausführung geblieben ist. (Beifall links.)

Ich halte es vielmehr für meine Pflicht, daß ich vom Budget spreche und von der Politik nur insofern, als sie bei uns einen täglich wahrnehmbaren, wenn auch nur auf dem Umwege über Prag und Lemberg (Heiterkeit. — Sehr gut! links) uns kundbar werdenden Einfluß auf das Budget nimmt. Und nachdem ich, wie gesagt, seit vier Jahren als Generalredner zu sprechen in der Lage bin,

werden Sie es begreiflich finden, wenn ich anknüpfe an das Jahr 1880 und mich in der Vergleichung nicht auf das unmittelbar vorangehende Jahr 1882 beschränke.

Im Jahre 1880 fand die Budgetberathung unter dem Eindrucke jenes ministeriellen Programmes statt, welches in der Allerhöchsten Thronrede niedergelegt war, und welches in so ganz merkwürdiger Weise durch das vorgelegte Budget sofort nicht eingehalten wurde. Es war in Aussicht gestellt, daß Ersparungen auf allen Gebieten des Staatshaushaltes und des öffentlichen Lebens stattfinden sollten und es wurde in Aussicht gestellt, daß das Defizit ohne Inanspruchnahme des Staatscreditcs und ohne Vernachtheiligung der Steuerkraft gedeckt werden solle. Von alledem enthielt nun das vorgelegte Budget nichts und es wurden schon damals eigenhändige Erklärungsversuche gemacht und in späterer Zeit diese Nichteinhaltung vom Herrn Ministerpräsidenten damit erklärt, daß er ja nicht wissen konnte, wie die Majorität des Hauses aussehen werde, obschon man sich sagen mußte: wer hätte es denn sonst wissen sollen, wenn er es nicht gewußt hat? (Sehr richtig! — Heiterkeit links.) Aber die Redner von der anderen (rechten) Seite des Hauses erklärten, das Budget sei ja gar nicht das Budget des Ministeriums Taaffe, es sei vielmehr das Budget des vorangegangenen Ministeriums. Ispso fecit könnte es damals von den Vätern jener (rechten) Seite des Hauses.

Nun wohl, wir mußten uns damals darauf beschränken, jene Vorwürfe zurückzuweisen, welche in ganz unberechtigter Weise gegen frühere Regierungen und Vertretungen gemacht wurden. Denn was Alles schob nicht jener Redner, der ausdrücklich erklärte im Namen seiner Partei zu sprechen, in die Schuhe der vorbestehenden Regierung, der sogenannten Verfassungspartei? Das riesige Anwachsen der Staatsschuld, die sonstigen übernommenen finanziellen Verpflichtungen, insbesondere die Zinsengarantien der Eisenbahnen. Für den, der gleich mir kein Novize in der Betrachtung des Budgets ist, war die absolute Grundlosigkeit dieser Behauptungen allerdings evident und ich konnte mich daher damals vorzüglich damit beschäftigen, nachzuweisen, wie ganz irrig und allen Grundes entbehrend dieser Vorwurf sei.

Denn, wann ist die Staatsschuld enorm gewachsen? Immer zur Zeit des Absolutismus und zur Zeit der Eistirung, und ich fürchte, auch in der Zeit des gegenwärtigen Systems ist nicht zu erwarten, daß wir etwa in Zukunft nicht werden sagen müssen, daß es nicht ein enormes Anwachsen der Staatsschuld herbeigeführt hat.

Und was die Zinsengarantien der Eisenbahnen betrifft, so muß ich fragen, welche Eisenbahnen nehmen denn noch heute, wenn wir das Budget betrachten, die Zinsengarantie in außerordentlichem Maße in Anspruch? Nicht diejenigen, welche während der längeren Zeit der Wirksamkeit liberaler Ministerien bewilligt wurden, sondern diejenigen, welche auf die kurze Zeit der Eistirung fallen, auf eine Zeit von nicht ganz zwei Jahren. Hener betragen die Zinsengarantien der Eisenbahnen ungefähr 13 Millionen. Von diesen 13 Millionen aber entfällt die weitaus größere Hälfte auf die Concessionen, welche in der Eistirungsperiode ertheilt wurden, wie auf die Czernowitz-Suczawabahn, auf das Ergänzungsgleis der Karl Ludwig-Bahn, auf die mährisch-schlesische Nordbahn, und insbesondere auf die Rudolfs-Bahn. Und von dem verbleibenden weitaus kleineren Theile entfällt wieder ein großer

Theil nicht auf die Zeit des constitutionellen Regimes, sondern ist von demselben bereits übernommen worden. Wie grundlos also beide Behauptungen waren, wird wohl heute Niemand mehr in Abrede stellen.

Aber auch noch eine andere Ansicht wurde damals geltend gemacht, die heute doch schon so ziemlich von ihren eigenen Verteidigern im Stich gelassen wird. Das ist nämlich die Ansicht, daß nur durch ausgedehnte Autonomie auf dem Gebiete der politischen Verwaltung das Defizit werde beseitigt werden können. Nun, wenn man einer Auslage von fast 500 Millionen gegenüber die Auslage für die politische Verwaltung berücksichtigt, welche, abgesehen von dem Sanitätsdienste, nicht viel mehr als 4 Millionen ausmacht, und wenn man berücksichtigt, daß denn doch unter allen Umständen und wenn man noch soviel auf die autonomen Körperschaften überwälzt, doch noch irgend etwas dem Staate zu verwalten übrig bleiben wird, so ist es ganz klar, daß die Täuschung, in der man Jahre lang sich selbst bewegt und in die man Andere versetzt hat, als könne durch eine Aenderung in dem Systeme der Verwaltung, abgesehen von anderen Momenten, irgend welcher finanzieller Vortheil erreicht werden, schon längst als beseitigt angesehen werden muß. (Sehr gut! links.)

Daher ist heute für Denjenigen, welcher von dieser (linken) Seite des hohen Hauses über das Budget zu sprechen hat, die Stellung eine andere geworden, er braucht nicht mehr Recriminationen, die durch ihre immerwährende Wiederholung nicht begründeter wurden, aufs Neue zu widerlegen. Ueber das sind, glaube ich, die Herren schon selbst hinaus. Er braucht auch nicht darauf hinzuweisen, daß von der Erweiterung der Autonomie in den Ländern und Gemeinden sofort ein finanzieller Vortheil für das Reich zu erwarten sei, abgesehen davon, daß, wenn man die Lasten vom Reiche auf andere Kreise überwälzt, es der Bevölkerung ganz gleichgültig ist, ob sie eine Steuer oder eine Gemeindeumlage, oder eine Bezirksumlage in erhöhtem Betrage (Sehr richtig! links) zahlt.

Heute jedoch vermag ich das Budget von 1880, das Budget, von welchem jener Redner sagt, es sei unser Budget mit Ihrem Budget vom Jahre 1883 zu vergleichen, und zwar muß ich zuerst vorausschicken, unter wie viel günstigeren Verhältnissen heutzutage die Regierung finanziell wirtschaften kann. Dies ist auch nichts Neues, denn ich habe daselbe schon in früherer Zeit, in den Reden der früheren Jahre ausführlich dargelegt. Ich hebe nur Einiges davon hervor; das Eine ist das Verschwinden des Silberagios (Sehr richtig! links), ein Verschwinden, an dem die Regierung und das jetzt bestehende System auch nicht den mindesten Antheil hat. (Sehr richtig! links.) Denn sonst müßte ja kein Goldagio bestehen. Das Verschwinden des Silberagios hat seinem Grund in der Münzpolitik des deutschen Reiches und in der dadurch herbeigeführten Entwerthung des Silbers, und wenn heute der Bimetallismus eingeführt und das Silber restituirt werden sollte, so haben wir ja wieder ein Silberagio in einem Betrage, der zwar vielleicht etwas geringer als der des jetzigen Goldagio, aber immerhin ein ganz respectabler wäre. Für uns in Oesterreich war daher, wenn man den rein finanziellen und nicht auch den volkswirtschaftlichen Standpunkt im Auge behält, die Münzpolitik des deutschen Reiches ein wahres Glück, und der Herr Finanzminister kann sich dafür beim Fürsten Bismarck bedanken, nicht aber bei dem jetzt herrschenden Systeme. (Sehr gut! links.) Um

Die Bedeutung dieses Momentes zu würdigen, erlaube ich mir nur darauf aufmerksam zu machen, daß auf Grund vieljähriger Erfahrungen in unserem Budget Ein Percent Silberagio eine Belastung von 600.000 fl. bedeutet (Hört! links), und daß, wenn wir heute ein Silberagio von 15 Percent hätten, dies so viel wäre, als eine Vergrößerung des Deficites um 9 Millionen und da ist es vom rein finanziellen Standpunkte betrachtet doch wohl ein Glück, wenn sich das Deficit ohne weiteres Hinzuthun um 9 Millionen vermindert.

Dazu kommen aber noch andere Momente, welche gleichfalls nicht in Oesterreich ihre Wurzeln haben, und hieher gehört insbesondere das Sinken des Zinsfußes. Das Sinken des Zinsfußes hat schon insofern eine hohe finanzielle Bedeutung, als, wenn es nicht stattgefunden hätte, unsere Regierung, welche ja Jahr für Jahr auf den Geldmarkt treten muß, sich zu weit höheren Zinsen das Geld hätte verschaffen müssen und das Deficit um den Betrag dieser höheren Zinsen ebenfalls gestiegen wäre. (Sehr richtig! links.)

Und endlich leugne ich nicht und fällt es mir nicht ein zu leugnen, daß, nachdem die Nachwirkungen der großen Krise des Jahres 1873 allmählig verschwunden sind, und zwar auch nicht erst seit heute, denn das äußert sich schon seit geraumer Zeit, die wirtschaftlichen Zustände sich gebessert haben. Ich bin umso mehr berechtigt dies zu sagen, weil das nicht etwa ein Abgehen von den Principien ist, welche ich früher hatte. Ich habe nie in dieser Richtung pessimistische Ansichten gehabt, und mir schien es nie, daß die wesentlichste Aufgabe der modernen Statistik eine Statistik des menschlichen Elendes sei (Sehr gut! links), wie man von anderer Seite noch vor ganz kurzer Zeit gemeint hat, und ich bin somit nicht etwa vom Pessimismus ohne Vermittlung in den Optimismus hineingefallen. (Sehr gut! links.)

Ich habe vielmehr seit jeher die Symptome mit Freuden verfolgt, welche ein Wiedererwachen wirtschaftlicher Thätigkeit in Oesterreich bekunden und auch wieder unmittelbar einen finanziellen Vortheil für den Staat haben, weil gewisse Einkommenszweige des Staates dabei gewinnen, weil namentlich auch die Verpflichtungen des Staates aus dem Titel der Subventionen und gerade bei jenen Bahnen, welche durch das constitutionelle Regime zu Stande gekommen sind, sich wesentlich verringert haben, wiewohl dies freilich auf gewisse Bahnen sehr wenig Einfluß hat. Denn die Zunahme des Verkehrs hat bei einigen Bahnen, die ich nicht nennen will, die Finanzen sehr wenig entlastet, weil diese Bahnen, sowie manche, die Sie beschlossen haben und zu beschließen im Begriffe sind, von aller Verkehrszunahme darum keinen Vortheil haben werden, weil etwas nicht zunehmen kann, was nicht vorhanden ist, und wozu die Bedingungen nicht vorhanden sind (Sehr gut! links); aber abgesehen von diesen Bahnen ergab sich finanziell ein bedeutender und wesentlicher Vortheil.

Ich möchte aber nicht, daß man meine Bemerkungen über die Hebung der Volkswirtschaft mißverstehe.

Die Volkswirtschaft kann sich heben und es kann sich das in Ziffern ausdrücken, und neben dieser Hebung der Volkswirtschaft kann ein immer weiter um sich greifendes Wuchern des Pauperismus stattfinden. Es gibt kein Land der Welt, welches als Gesamtheit einen solchen Reichtum aufweist, wie Großbritannien, und doch gibt es wieder vielleicht kein Land der Welt, ich brauche nur auf Irland hinweisen, das ja auch ein Theil Großbritanniens ist,

in welchem der Pauperismus eine solche Ausdehnung genommen hat, wie in England. Man möge sich darüber nicht täuschen, daß, wenn man vom Standpunkte des Statistikers eine Menge günstiger Verhältnisse ins Feld zu führen und durch Beispiele zu belegen im Stande ist, deswegen schon in weiten Kreisen der Bevölkerung nicht Noth und Elend herrscht. (Sehr richtig! links.) Man möge sich durch die glänzende Außenseite Wiens nicht darüber täuschen, in welchem Maße der Pauperismus in dieser Stadt plagt. (Sehr wahr! links.) Und auch dafür liegen statistische Daten vor.

Es ist nicht ohne Bedeutung, daß der Vicebürgermeister dieser Stadt, ein echtes und treues Wienerkind, in einer der letzten Sitzungen in solcher Weise sich über die Verhältnisse Wiens ausgesprochen und über etwas beklagt hat, was, wie man hätte glauben sollen, in Wien gar nicht vorkommen kann, und was auch vom Abgeordneten für Drohobycz berührt wurde. Er führte nämlich an, daß man auch schon in Wien anfängt zum Wanderstabe zu greifen, und die Heimat zu verlassen. Nun sagt freilich, der Abgeordnete für Drohobycz, und führt dies als einen Beweis der günstigen Verhältnisse an, daß das Percentalverhältniß, in welchem die Auswanderung zum Ueberschusse der Geburten steht, ein minimales sei. In dieser Beziehung muß ich doch hervorheben, wie trügerisch diese Daten sind.

Glaubt denn der verehrte Herr Abgeordnete, daß die Ausweise über die Zahl der Auswanderungen richtig sind? Eines der letzten Hefte der statistischen Monatschrift beweist ja wie außerordentlich unrichtig diese Ausweise sind. (Sehr gut! links.) Denn, wenn z. B. in einem einzigen Hafen Nordamerikas vielleicht zweimal soviel Auswanderer aus Oesterreich in einem Jahre ankommen, als die officielle Statistik für ganz Oesterreich als Auswanderer berechnet, so muß etwas in dieser offiziellen Statistik faul sein, und das ist sehr natürlich. Was können denn die Leute für ein Interesse haben, officiell ihre Auswanderung anzuzeigen? — Sollen sie es vielleicht darum thun, damit sie die Militärausgaben bezahlen müssen? (Heiterkeit links.) Das wird man denn doch den Leuten nicht zumuthen, daß, wenn sie dem Vaterlande den Rücken kehren, sie es bloß um des Vortheils willen thun, daß dies in der offiziellen Statistik richtig und genau specificirt werde, damit sie nicht bloß die Militärausgaben zahlen, sondern vielleicht ihre Abreise um ein Jahr aufschieben müssen, bis über die Höhe der Tage und die Sicherstellung derselben entschieden ist.

Auch ein anderes Datum ist mir von Bedeutung, und ich glaube, daß es auch der geehrte Herr Vicebürgermeister von Wien im Auge gehabt hat. Die Zeitungen melden, ich weiß nicht, ob es richtig ist oder nicht, es ist aber nicht widersprochen worden, daß im Monate Jänner und Februar dieses Jahres in Wien 120 Auswanderungs-Anmeldungen stattgefunden haben (Hört! hört! links), und da muß ich sagen, das ist ein entsetzliches Factum. Der Fremde, der, wie das beim Anwachsen der Städte natürlich ist, nach Wien kommt, um hier sein Unterkommen zu suchen, der wird nicht seine Auswanderung hier anmelden, oder wenn er dies thut, ist dies ein Beweis, daß die Zeit, wo man in Wien noch gut leben konnte und leichten Erwerb fand, nicht mehr sei.

Aber noch erschreckender wäre es, wenn das Wiener Zuständige wären, wenn statt, wie es in der Natur der großen Stadt liegt, daß sie eine Anziehungskraft von allen Seiten, auf alle, die Erwerb und Unterkunft suchen, ausübt, sich solche der Stadt selbst genügt sägen,

die Stadt zu verlassen, und das ist mir wichtiger als die Ausführung, daß um soviel Zehntel Prozent weniger auswandern, als der Ueberschuß der Geburten über die Sterblichkeitsziffer beträgt.

Ich möchte an meine geehrten Herren Kollegen aus Böhmen appelliren, in welchem Maße dort die Auswanderung zunimmt (Zustimmung links), welche Scenen sich schon seit Jahren auf dem Prager Bahnhof der Staatsbahn abspielen und wie im Böhmerwald — was ich aus eigener Anschauung erklären kann — eine massenhafte Auswanderung stattfindet (Sehr richtig! links) ohne Anmeldung bei der politischen Behörde (Lebhafte Heiterkeit links), denn die Auswanderer wissen ja, daß, sobald sie die Grenze passiert haben, der Weg nach Amerika offen ist. Das ist das Eine.

Aber noch ein zweites und wahrhaft consternirendes Factum ist zu erwähnen. Es ist ja doch natürlich, daß mit dem Anwachsen der Bevölkerung in Wien — und dieses ist ja ganz bedeutend — die Consumtion der Verzehrungssteuerartikel schon an und für sich, auch wenn gar keine Zunahme des Wohlstandes stattfindet, steigen muß, weil ja mehr Menschen auch mehr essen müssen. Wenn nun gerade das Gegentheil eintritt (Hört! Hört! links) wenn ungeachtet der Zunahme der Bevölkerung eine Abnahme der Consumtion stattfindet, so ist das ein geradezu erschreckendes Symptom. (Beifall links.)

Man kann also zugeben, daß Thatfachen vorhanden sind, welche die wirtschaftliche Thätigkeit in Oesterreich als günstiger erscheinen lassen, aber ob die große Mehrzahl der Bevölkerung von dieser Zunahme der wirtschaftlichen Thätigkeit etwas hat, oder ob nicht vielmehr der Einzige, der davon etwas hat, der Fiscus ist (Heiterkeit — Sehr gut! links), das beweist das Budget, welches wir als das Ihrige ansehen müssen, das Budget für das Jahr 1883, wie ich das gleich im Vergleich desselben mit dem für 1880 darthun werde. Es sind nämlich die Staatseinnahmen in diesen drei Jahren unglaublich gestiegen.

Aber auch da würde sich der Statistiker einem Irrthume hingeben, wenn er meinen möchte, daß diese Steigerung bloß eine natürliche Steigerung des Ertragnisses der Steuern ist. Wir haben ja eine stattliche, ganz enorme Reihe von Steuern, welche in diesen drei Jahren aufgelegt wurden, und gerade diejenigen, deren Wohl hier stets im Munde geführt wird, und die man durch papieren Gehege beglücken will, die kleinen Grundbesitzer, die Arbeiter und kleinen Gewerbetreibenden, gerade die sind es, welche alle diese Lasten zu tragen haben, welche durch neue Steuern und Steuererhöhungen der Bevölkerung aufgelegt wurden. (Sehr richtig! links.) Es möge mir gestattet sein, diese Steuern und Steuererhöhungen anzuführen, welche die Behauptung sofort auf das richtige Maß zurückführen werden, daß z. B. aus dem vermehrten Ertragniß des Tabaks geschlossen werden könne, daß es der Bevölkerung, welche diesen consumirt, besser gehen müsse, als früher. Solche Steuern, welche neu eingeführt oder erhöht wurden, sind — ich werde sie nicht nach dem Grade ihrer Wichtigkeit, sondern wie ich sie hier eben aufgeschrieben habe, anführen: Die Schanksteuer durch das Gesetz vom 23. Juni 1881, die Gebäudesteuer vom 9. Februar 1882, welche namentlich den kleinen Grundbesitzer — es ist dies erst leghin auseinandergelegt worden — am schwersten trifft. Es wurden ferner in Istrien, Dalmatien und Brody nicht nur Zölle eingeführt, das wird bei der Frage der Zölle zur Sprache kommen, son-

dern es wurde dort auch die Verzehrungssteuer, und zwar auf Bier, Branntwein und Zucker, in Brody nur auf zwei dieser Kategorien eingeführt.

Es wurde ferner eingeführt — freilich war das die Folge einer gesetzgeberischen Thätigkeit, von deren Wirkungen man sehr viel in Aussicht gestellt hat, die aber im Sande verlaufen ist — die Steuer für Kunstwein und Halbwein bei der Einfuhr in geschlossene Orte. Ich glaube, daß diese nicht viel den Finanzen aufgeholfen hat.

Ferner wurde eine der drückendsten Lasten eingeführt, deren Berechtigung noch immerhin sehr zweifelhaft ist, das ist die Militärtaxe. Dann wurde der neue Zolltarif und das Sperrgesetz in Verbindung mit demselben, vom 28. Februar 1882 eingeführt. Weiter wurde eine Verbrauchsabgabe auf mineralische Oele eingeführt; es wurde eine Erhöhung des Kartenstempels und endlich eine wesentliche Erhöhung der Zuckersteuer eingeführt. Während nämlich schon im Jahre 1878 eine solche eintrat und — ich brauche das nicht weiter auseinanderzusetzen — das Steuercontingent in der Höhe von 6 Millionen festgesetzt wurde, welches von Jahr zu Jahr um 500.000 fl. steigen sollte, wurde im Jahre 1880 das Steuercontingent in der erhöhten Summe von 10 Millionen festgestellt, welches um 400.000 fl. jährlich steigt. Die Differenz, wie viel in der Campagne 1882/83 nach dem Gesetze vom Jahre 1878 und wie viel nach dem Gesetze von 1880 eintreten würde, macht für die ganze Monarchie 2.800.000 fl. und nachdem der Antheil Oesterreichs daran 92 Percent beträgt, für uns 2.576.000 fl. Dazu kommen endlich die immer wiederkehrenden Erhöhungen der Tabakpreise. (Hört! Hört! links.) Das geschieht nicht im Wege des Gesetzes, sondern das geschieht auf einem noch leichteren Wege; ich sage auf einem leichteren Wege, weil es dem Ministerium stets gelingt, gegen anderweitige Zugeständnisse jedes Steuergesetz durchzusetzen, mag es auch noch so drückend sein. Aber das braucht es hier gar nicht, das geschieht auf dem Wege der Administration. In dieser Hinsicht ergab sich Folgendes: Schon im Jahre 1878 wurde bei den ordinären Rauchtobaken der Verkauf derselben im ledigen Zustande aufgehoben und der Verkauf nach Briefen eingeführt. Von dieser Maßregel, die zugleich auch eine Verminderung des Gewichtes nach sich ziehen sollte, versprach man sich eine Erhöhung um 1.620.000 fl. Nun ist es bei dem Tabakgefälle eine immer wiederkehrende Erscheinung, daß die Wirkung jeder Preiserhöhung zunächst ein Rückgang ist, daß aber auch sehr bald dieser Rückgang sich wieder deckt und mehr eingeht, so daß der Consum bald ganz gleich wird dem, welcher vor der Preiserhöhung war, und natürlich die ganze Preiserhöhung dem Aerar zugute kommt.

Nun trat auch hier die Zunahme nicht sofort ein, aber jetzt ist sie schon reichlich eingetreten. Was that man also? Man begnügte sich damit nicht, sondern im Jahre 1879 wurden die Verkaufspreise aller ordinären Tabaksorten — und das ist das Groß, denn das Haupteinkommen aus dem Tabak trifft auch hier wieder den, der die ordinärsten Sorten raucht — um 10 Percent erhöht. Das war im Jahre 1879. Im Jahre 1880 trat wieder eine partielle Steigerung der Rauchtobakpreise ein und am 1. Juli 1882 abermalige Preiserhöhungen (Hört! links), und zwar, wie aus dem Budgetausschußberichte zu entnehmen ist, sowohl bei acht Sorten von Rauchtobak, und zwar beim ordinären türkischen Tabak um 18 Percent,

beim echten türkischen Rauchtobak in Briefen um 15 Prozent und außerdem bei dem inländischen feinsten Cigaretten-
tabak um 16 Percent; ferner in niederem Maße bei
einigen Cigarrensorten und es wurden auch die Specialitäten-
tarifpreise, und zwar bei einer großen Anzahl von Sorten
erhöht; endlich aber wurden auch — was auf 200.000 fl.
veranschlagt wird — die Differenzen zwischen dem Groß-
verschleißpreise und dem Kleinverschleißpreise bei dem Ver-
kauf an Consumenten abgestellt. Das sind Erhöhungen,
welche viele Millionen in ihrem Effecte ausmachen und
die sanglos und klanglos im administrativen Wege verfügt
worden sind.

Fragen wir uns nun: „Was betragen diese Steuer-
erhöhungen und neu eingeführten Steuern zusammen?“,
wobei ich von den unbedeutenden, wie der Kartenstempel-
erhöhung u. s. w., was sich kaum constatiren läßt, ganz
absehe, so ergibt sich folgendes Resultat: (Hört! links.)

Der vorjährige Zolltarif hat nach eigener Angabe
des Budgetausschusses und des Budgets, das den Delega-
tionen vorgelegt wurde — eine Angabe, welche, wie jeder
erfahrene Kenner der Verhältnisse bestätigen wird, eine viel
zu niedrige ist — eine Erhöhung zur Folge gehabt — und
zwar bloß die Erhöhung der Zölle, nicht den vermehrten
Consum gerechnet, welcher kaum stattgefunden hat — die
12,336.164 Gulden beträgt. Das ist die Ziffer wie sie
im Budget steht. Bei der Zuckerssteuer eine Erhöhung —
und da rechne ich nicht gegen das was vorher bestand,
sondern gegen das, was sich nach dem früheren Zuckersteu-
ergesetze ergeben hätte, denn sonst wäre die Erhöhung ja viel
größer, weil sie ja an sich in jedem Jahre steigt — um
2,576.000 fl.

Bei den drei nächsten ist an Mehreinnahme zu
rechnen — gerade so wie es im Budget steht — und
zwar bei der Gebäudesteuer um 800.000 fl., bei der
Einkaufsteuer, weil die ganz neu ist, mit dem Betrage
von 1,005.000 fl., bei der Militärsteuer 800.000 fl., macht
zusammen fast 18 Millionen; jetzt kommt die Erhöhung
der Tabakpreise hinzu; und so haben wir in der Einnahme
bloß durch neue Steuern und Erhöhungen gering gerechnet
22 Millionen (Hört! Hört! links), und das unter günstigen
wirthschaftlichen Verhältnissen, welche mit dem Wegfall des
Silber-Agios und der außerordentlichen Verminderung der
Garantien für Eisenbahnen eine günstigere Bilanz des
Staates herbeiführen mußten.

Wenn wir also fragen: was ist das Resultat, so ist
die Antwort, das Resultat ist folgendes: Nach dem Finanz-
gesetze für das Jahr 1880 betrugen die Ausgaben 423
Millionen, die Einnahmen 398 Millionen, das Deficit
25 Millionen. Dabei muß ich aber bemerken, daß das
Finanzgesetz viel später zu Stande kam als heuer, nämlich
erst am 28. Mai 1880, daß also alle Nachtragscredite
bis zum Zustandekommen schon in das Finanzgesetz auf-
genommen wurden, und daß sich daher gegenüber dem
Budgetberichte eine wesentliche Erhöhung ergab, obschon
damals die Nachtragscredite, weder so hoch waren, noch so
häufig vorkamen, wie jetzt, wo man sich beinahe immer
fragen möchte, wenn man das Haus betritt: Was für
Nachtragscredite gibt es denn heute?

Es betrugen also die Ausgaben, wie gesagt, 423 Mil-
lionen, die Einnahmen 398 Millionen und das Deficit
daher 25,173.262 fl. Nach dem vorliegenden Finanzgesetze
für 1883 betrugen die Ausgaben 491 Millionen; sie sind
also um 68, und nachdem nach den gestrigen Ausführungen

des Herrn Ministers noch ungefähr fünf Millionen für
die jetzt schon verlangten Nachtragscredite hinzukommen,
um 73 Millionen gestiegen. (Hört! links.)

Die Einnahmen betrugen damals 398 Millionen
und heuer 463, sie sind also auch um 65 Millionen, und
das Deficit ist somit wesentlich gestiegen (Weiterheit links),
etwas was den geehrten Herrn General Berichterstatter,
dessen Objectivität ich vollkommen anerkenne, zu dem schmerz-
lichen Ausspruche veranlaßte, daß die Steuererhöhung nicht
einmal so viel betrage, als die Vergrößerung des laufenden
Deficits. (Hört! links.) In drei Jahren sind also, wie
gesagt, die Ausgaben um 73 Millionen und die Einnahmen
um 65 Millionen und das Deficit, nach den gestrigen
Ausführungen des Herrn Ministers, um ungefähr acht
Millionen gestiegen.

Das sind die Ergebnisse, die sich aus der Ver-
gleichung der Finanzgesetze für 1880 und 1883 heraus-
stellen.

Wie verhält es sich aber mit dem Anwachsen der
Staatsschuld? Ich habe zur Beantwortung dieser Frage
keine anderen Daten als die Staatsvoranschläge, die sind
aber auch dabei maßgebend; denn es mag sein, daß das
Resultat nicht vollständig mit dem Voranschläge überein-
stimmt; das tritt aber in jedem Jahre ein. Es fragt sich
also, um wie viel mehr betragen die Ausgaben für die
Verzinsung der Staatsschuld in den Jahren 1881, 1882
und 1883, das heißt in den Budgets für diese drei Jahre;
denn im Budget für das Jahr 1881 spricht sich das Er-
gebnis des Jahres 1880 aus, desjenigen Budgets, von
welchem der öfter von mir citirte Herr Redner der Majo-
rität sprach: ipso fecit. Dieses findet seinen Ausdruck im
Budget des Jahres 1881, und ebenso die Ergebnisse der
zwei anderen Jahre in den Budgets für die Jahre 1882
und 1883.

Nun beträgt die Steigerung der Zinsen in diesen
Jahren im Ganzen mehr als 5½ Millionen; von diesen
5½ Millionen Zinsenvermehrung entfällt auf das Jahr
1881, welches also das Ergebnis des Budgets vom Jahre
1880, also wie es heißt, u n s e r e s Budgets ausspricht, eine
halbe Million, auf die Jahre 1882 und 1883 — das
sind Budgets, welche die Ergebnisse Ihrer Thätigkeit sind
— je 2½ Millionen (Hört! Hört! links), auf zwei Jahre
daher fünf Millionen und auf das eine Jahr 500.000
Gulden, auf zwei Jahre daher zehnmal so viel als auf das
eine, und während dieser Zeit hat die Verringerung der
wirthschaftlichen Verhältnisse stattgefunden. (Hört! Hört!
links.)

Nun wird uns freilich von Seite der geehrten Re-
gierung mitgetheilt, es sei doch viel besser geworden; denn
es ist ja eine Vorlage gemacht worden, wonach das Deficit
von 28 Millionen oder vielmehr das Deficit von 34 oder
35 Millionen, einschließlich nämlich der bis jetzt schon
verlangten Nachtragscredite, zum Theile durch Entnahme
aus den Cassenbeständen bedeckt werden soll, so daß nur
in der Höhe von 16 Millionen Creditoperationen in An-
spruch genommen werden. Nur 16 Millionen!

Nun, ist auch das nicht gar so außerordentlich
günstig, denn das Finanzgesetz des Jahres 1880 schließt
mit der Inanspruchnahme des Crediten von 19½ Millionen.
Zwischen 19½ Millionen und 16 Millionen ist der
Unterschied nicht gar gewaltig.

Woher kommt es aber, daß man sich mit 16 Millionen
begnügen kann? Das kommt daher, weil im vorigen

Jahre die Cassabestände sich wesentlich vermehrt haben. Ganz richtig! Aber warum haben sie sich wesentlich vermehrt? Sie haben sich wesentlich vermehrt, weil bei der Verfassung des Budgets auf den neuen Zolltarif keine Rücksicht genommen wurde und auch nicht genommen werden konnte.

Wie stellt sich aber die Sache dar, wenn man auf den Zolltarif Rücksicht nimmt? Ich kann mich auch da nur wieder beziehen auf den Budgetausschußbericht des vorigen Jahres. Nach dem Specialberichte, betreffend den Titel „Zoll“, ereignete sich im Jahre 1882 zum ersten Male, daß der Voranschlag der Restitutionen höher ist als der Voranschlag der ordentlichen Einnahmen des Zollgefälles.

Es betrug nämlich der Voranschlag für die Restitutionen 33,695.000 fl.; die reinen Ueberschüsse des gesammten Zollgefälles waren aber nur mit 29 Millionen veranschlagt. Es betrugen daher die veranschlagten Restitutionen um $4\frac{1}{2}$ Millionen mehr als das gesammte Zollgefälle, es war also das Zollgefälle mit diesem Betrag passiv, wenn die Restitutionen abgezogen werden. Nun betrug aber, und zwar nach einer Veröffentlichung, welche vor Kurzem von Seite der Regierung veranlaßt wurde, der reine Ueberschuß des Zollgefälles nach Abzug der Restitutionen und des Zollpau schales, während ein Deficit mit $4\frac{1}{2}$ Millionen präliminirt war, in der That 19,254.000 fl. Dabei sind die Restitutionen schon abgezogen, ebenso wie das Zollpau schale. Das ist der Zollüberschuß für die gesammte Monarchie und es kann von demselben hier nur 68.6 Percent, nämlich nur dasjenige gerechnet werden, was nach dem Quotenschlüssel für gemeinsame Angelegenheiten auf uns entfällt. Diese 68.6 Percent von dem günstigeren Resultate betragen 16,425.000 Gulden.

Allein damit ist die Sache noch nicht abgethan. Mit der Einführung des neuen Zolltarifes steht in unmittelbarem Zusammenhange die Verbrauchsabgabe für Mineralöle und diese hat nach derselben Quelle, nämlich nach den Veröffentlichungen, die vor einiger Zeit stattgefunden haben, 796.000 fl. betragen; es betrug also der Ueberschuß von beiden zusammen 17,221.000 fl. gegenüber einem veranschlagten Deficit von $4\frac{1}{2}$ Millionen.

Es ergibt sich aber weiter noch ein günstigeres Ergebniß nicht bloß aus der Erhöhung des Zollgefälles, sondern auch aus dem, daß die Restitutionen wesentlich hinter dem Präliminare zurückgeblieben sind. Sie waren mit 33 Millionen veranschlagt und betragen einschließlich des Zollpau schales, welches auch ungefähr zwei Millionen beträgt, 25 Millionen; somit sind beiläufig 10 Millionen weniger als angenommen war restituirt worden.

Wenn man daher die Mehreinnahme berücksichtigt, welche durch die Einführung des neuen Zolltarifs in Verbindung mit der Verminderung der Restitutionen, die im vorigen Jahre eintrat, erfolgt ist, so ergibt sich deren Ziffer mit ungefähr 20 Millionen, und es ist mit Recht bemerkt worden: daran, daß diese 20 Millionen da sind, hat Niemand gezwweifelt. Wenn nun durch ein nicht präliminirtes Erträgniß so viel mehr einging, und wenn bei der Budgetbewilligung des vorigen Jahres das ganze Deficit durch Creditoperationen gedeckt wurde, so wird man wohl sagen können, wenn man dies schon damals gewußt hätte, so wäre nicht so viel durch Creditoperationen aufzubringen gewesen. Man hat also Creditoperationen, die sonst heuer nothwendig waren, anticipirt, und es ergibt

sich einfach als Resultat: das heutige Deficit ist zum Theil im vorigen Jahre durch die Creditoperationen, und rücksichtlich durch die an deren Stelle getretenen Einnäge gedeckt und wird es zum Theile durch Creditoperationen, welche jetzt stattfinden. Darin eine besondere Befriedigung zu finden, ist kein Grund vorhanden.

Und wenn der Herr Minister daraus abgeleitet hat, daß wir eigentlich gar kein Verwaltungsdeficit für das Jahr 1883 haben, weil wir dieses Deficit durch die Zuflüsse des vorigen Jahres decken, so muß ich sagen, daß das Deficit dadurch nicht schwindet, daß es gedeckt wird; gerade weil es gedeckt werden muß, ist es da. (Heiterkeit links.)

Wenn man Creditoperationen macht, deckt man auch das Deficit, und wenn man es mit den Creditoperationen deckt, welche im vorigen Jahre gemacht wurden, so schwindet deshalb nicht das Deficit der laufenden Gebarung. (Sehr gut! links.)

Ich könnte auf eine andere Zeit hinweisen, ich könnte darauf hinweisen, wie sich die Verhältnisse gestaltet haben vom Jahre 1869 bis zum Jahre 1875, wenn man schon davon spricht, daß kein Deficit vorhanden ist und daß Cassabestände sich eingestellt haben.

Im Jahre 1868 übernahm das neu constituirte österreichische Ministerium die Centralcasse mit einem unglaublich geringen Betrage, nämlich mit Null. (Heiterkeit links.) Die ganzen vorhandenen Bestände wurden am 1. Jänner 1868 als ein Reichsactium betrachtet und in die Reichscentralcasse übertragen. Und der damalige Finanzminister hatte es nicht so gut wie der jetzige, er mußte, um die ersten Zahlungen zu bestreiten, sich an den gemeinsamen Minister wenden, daß er ihm etwas Geld gebe, weil er nichts, absolut nichts in der Centralcasse hatte. (Heiterkeit links.) Und was ist dann in den folgenden Jahren geschehen? Vom Jahre 1869 anfangen hat einige Jahre hindurch der Aufwand für Verzinsung der Staatsschuld nicht zugenommen, sondern abgenommen, und bis zum Jahre 1875 war keine Creditoperation nothwendig, weil man in den Jahren 1868, 1869 und 1870 die Tilgungsrente, die man auszugeben berechtigt war, nicht vollständig ausgegeben hat, und weil daher der Nachfolger im Ministerium 60 Millionen nicht auszugebene Tilgungsrente übernehmen konnte. Das illustriert auch die Darstellungen der Herren, welche die Gebarung einer gewissen Periode nicht genug anzugreifen im Stande sind. (Sehr gut! links.)

Der Herr Minister hat aber auch gestern eine andere Vergleichung aufgestellt, die ich nicht unbesprochen lassen kann, und ich möchte sehr bitten, die Ausführungen, welche ich jetzt machen werde, einer nicht wohlwollenden aber genaueren Prüfung zu unterziehen; denn derjenige Herr, der dem Herrn Minister die Daten geliefert hat, welche gestern die Jahre 1878 bis 1880 einerseits und 1881 und 1882 andererseits zum Gegenstande hatten, hat sich einige außerordentlich wesentliche Irrthümer zu Schulden kommen lassen. (Hört! Hört! links.) Der Herr Minister hat zusammengestellt, was als Erlös von den Creditoperationen in den Jahren 1878 bis 1880 einerseits und in den Jahren 1881 und 1882 andererseits erzielt wurde, zog dann von beiden gewisse Ausgaben, die offenbar nicht zu den laufenden Verwaltungsauslagen gehören, ab, und kam damit zu dem Resultate, daß in den ersten drei Jahren ein Deficit der laufenden Gebarung durch Creditoperationen im Betrage

von 105 Millionen gedeckt wurde, und daher in jedem einzelnen Jahr im Durchschnitte von 35 Millionen, dagegen in den beiden letzten Jahren, nämlich in den Jahren 1881 und 1882 von 30 Millionen, daher im Durchschnitte 15 Millionen.

Die Methode ist ganz richtig. Es wird nämlich gesagt: So viel ist durch Begebung von Goldrente und so viel durch Begebung von Schatzscheinen in den genannten Jahren 1878 bis 1880 erzielt worden, nämlich — ich bitte das genau zu verfolgen — fl. 202,977.696. Davon werden verschiedene Beträge abgezogen und es bleiben also 105 Millionen u. s. f. übrig.

Das ist Alles richtig. Ebenso richtig — das heißt, das Resultat den Ziffern nach ist richtig — ist es, daß in den Jahren 1881 und 1882 durch Emission von fünfprocentiger Notenrente der Betrag von fl. 96,620.200 erzielt wurde. Davon werden nun wieder verschiedene Positionen abgerechnet, insbesondere — und das bitte ich zu accentuiren — was für die Tilgung von Schatzscheinen vom Jahre 1878 in den Jahren 1881 und 1882 ausgegeben wurde. Nun bitte ich Folgendes zu berücksichtigen. Was die Abzüge betrifft, so werden von den Jahren 1881 und 1882 abgezogen, was in diesen Jahren für die Tilgung der Schatzscheine aus dem Jahre 1878 ausgegeben wurde, nämlich fl. 30,600.000. Das ist ganz richtig.

Wie konnte aber übersehen werden, daß im Jahre 1878 ebenfalls Schatzscheine getilgt wurden, und zwar Schatzscheine im Betrage von 25 Millionen Gulden? (Hört! Hört! links.) Um dies zu finden, hätte ja die einfache Einsicht in das Finanzgesetz vom Jahre 1878 genügt. Das Finanzgesetz vom Jahre 1878 sagt im zweiten Absätze des V. Artikels: „Auch wird der Finanzminister ermächtigt, behufs der am 1. Mai 1878 eintretenden Rückzahlungen der auf Grund des Gesetzes vom 13. December 1873 ausgegebenen Schatzscheine Obligationen der Goldanleihe zu begeben, und zwar in jenem Betrage, der zur Rückzahlung der Schatzscheine nothwendig ist“, und damit bitte ich nun, jene auf Seite 9326 enthaltene Zusammenstellung zu vergleichen, welche von der im Jahre 1878 erfolgten Tilgung von Schatzscheinen im Betrage von 25 Millionen, welche allerdings den Jahren 1878 bis 1880 zugute kommen würde, nicht mit einem Worte Erwähnung macht. (Hört! Hört! links.) Das ist eine Thatsache, und 25 Millionen sind kein Pappenstiel (Heiterkeit links), auch nicht, wenn man sie auf drei Jahre vertheilt.

Und nun ersuche ich, ein Zweites zu bedenken. Wenn man wieder Artikel IX des Finanzgesetzes für 1878 liest, wo es heißt: „der Finanzminister wird ferner ermächtigt, zunächst zur Rückzahlung des Vorschusses von 10 Millionen — das ist der Vorschuß vom Jahre 1876, der bei der Nationalbank genommen wurde — dann zur Stärkung der Geldbestände der Staatseencassae den Maximalbetrag von 20 Millionen Gulden durch Schatzscheine zu bedecken“, so muß ich bemerken, daß die 10 Millionen, die auf die Tilgung der Vorschüsse vom Jahre 1876 Bezug haben, in dem Exposé des Finanzministers ganz richtig abgezogen worden sind. Aber verhält es sich mit den 10 Millionen, deren Ausgabe damals zur Erhöhung der Cassabestände bewilligt wurde, anders? Warum war die Erhöhung der Cassabestände nothwendig? Aus einem doppelten Grunde; weil man letztere in früheren Jahren zu stark in Anspruch genommen hatte und weil jetzt, — so heißt es wörtlich in dem Berichte — durch

die Schaffung der Goldrente die Nothwendigkeit, nicht bloß Silber und Noten, sondern auch Gold vorrätig zu haben, sich ergab, erwies die Erhöhung der Cassabestände sich als nothwendig. Diese 10 Millionen erhöhten die Cassabestände, sie müssen also gerade so gut wie die 10 Millionen zur Tilgung der vom Jahre 1876 herrührenden Vorschüsse von der laufenden Gebarung der Jahre 1878 bis 1880 abgerechnet werden. Das wäre schon eine Verminderung des Deficites der laufenden Gebarung dieser Jahre um 35 Millionen Gulden. Aber noch mehr! Meine Quellen sind die Berichte der Staatsschuldencontrollcommission, aber auf die Staatsschuldencontrollcommission und ihre Ziffern lege ich unter allen Verhältnissen das höchste Gewicht; denn wenn darauf kein Gewicht zu legen wäre, dann wäre auch das Vertrauen zu unserer Staatsschuld nicht mehr vorhanden.

Der Herr Finanzminister führt als durch die Goldrentenemission in dieser Periode, nämlich in den Jahren 1878, 1879 und 1880, erlöst an 173,395.696 fl. Ich bitte nun folgende, ganz genau den speciellen Berichten der Staatsschuldencontrollcommission entnommene Daten zu berücksichtigen. Wie viel überhaupt durch die Begebung von Goldrente erlöst wurde, das sagt der elfte Bericht der Controllcommission, Seite 12, nämlich bis zum Jahre 1880, weil seit dem Jahre 1880 keine Goldrente mehr emittirt, dieselbe also abgeschlossen wurde. Im Ganzen wurden durch die Emission erlöst 248,452.000 fl. Wenn wir nun wissen wollen, wie viel von diesem Erlöse auf die Jahre 1878, 1879 und 1880 entfällt, so muß man einfach davon dasjenige abziehen, was in den Jahren 1876 und 1877 erlöst wurde. Darüber sagt der achte Jahresbericht der Controllcommission, Seite 9, daß in den Jahren 1876 und 1877 85,833.030 fl. erlöst wurden, und eine einfache Subtraction ergibt 162,619.047 und nicht 173,395.696, und das ist wieder um fast 11 Millionen weniger. Dabei bemerke ich aber, um zu zeigen, wie gewissenhaft und genau ich dabei vorgegangen bin, daß allerdings auch im Jahre 1877 schon ein Theil dessen erlöst wurde, was im Jahre 1878 zur Deckung diente, daß ich aber das dem Jahre 1878 und nicht dem Jahre 1877 zur Last geschrieben habe, denn der achte Jahresbericht der Controllcommission sagt: In den Jahren 1876 und 1877 wurde beschafft, und dann kommt: Im Jahre 1878 wurde beschafft, obschon es schon im Jahre 1877 aber für das Jahr 1878 beschafft wurde. Ich habe es dem Jahre 1878 und nicht 1877 zur Last geschrieben.

Aus dem Gesagten ergibt sich somit folgendes Resultat, für das ich einstehe. Der Erlös der Goldrentenemission in den Jahren 1878 bis 1880 betrug nicht 173,395.696 fl., sondern 162,619.047 fl. und die Differenz ist 10,776.000 fl., um die sich also das Resultat vermindert. Im Jahre 1878 wurde Goldrente ausgegeben zur Tilgung von Schatzscheinen aus dem Jahre 1873 im Betrage von 25,000.000 fl., ein weiteres Minimum, und endlich wurden 10,000.000 fl. zur Erhöhung der Cassabestände verwendet, zusammen betragen diese Posten 45,000.000 fl.; zieht man sie von 105,000.000 fl. ab, so bleiben 60,000.000 fl. und nimmt man den Durchschnitt von 60,000.000 fl. für drei Jahre, so ergeben sich 20,000.000 fl., und vergleicht man die Ziffern mit der, die der Herr Minister angenommen hat, so ergibt sich eine Differenz von 20,000.000 fl. gegen 35,000.000 fl. Letztere Ziffer würde allerdings gegenüber den 15,000.000 fl.,

welche als Durchschnittsziffer für die zwei nächsten Jahre angenommen wurden, einen gewaltigen Abstand begründen; aber zwischen 20,000,000 fl. und 15,000,000 fl. ist der Abstand wahrhaft nicht allzu groß.

Ich glaube, mich mit diesen Ausführungen begnügen zu können in Bezug auf das Deficit und die Zunahme der Staatsschuld und in Bezug auf die stets wachsenden Ausgaben, mit denen die stets steigenden Einnahmen doch nicht gleichen Schritt zu halten vermögen. Ich glaube auch nicht, so wie es überhaupt nicht meine Absicht ist, gegen den Bericht der Majorität des Ausschusses zu polemisieren, mich weiter in eine Besprechung seiner Ausführungen einlassen zu sollen, und zwar schon deshalb nicht, weil er von einem anderen Standpunkte ausgeht.

Der Bericht vergleicht das Jahr 1883 nur mit dem Jahre 1882. Mir scheint es aber viel wichtiger, das Jahr 1883 mit dem Jahre 1880 zu vergleichen. Aber selbst von dem Standpunkte des Berichtes, gegen den ich, wie gesagt, nicht polemisieren will, ergibt sich Folgendes. Der Herr Berichterstatter kommt zu dem Resultate, daß das Erforderniß für 1882 504 Millionen betrage und die Bedeckung 454 Millionen, also das Deficit natürlich ungefähr 50 Millionen sei, und daß das bedeutend mehr sei, als das Deficit im heurigen Jahre, nämlich um eine Differenz von etwa 22 Millionen.

Allein man kann wohl nur Gleichartiges miteinander vergleichen. Man kann nur das Finanzgesetz, das jetzt zu Stande kommen wird, mit dem Finanzgesetze vergleichen, das im vorigen Jahre zu Stande kam; man kann aber nicht bei dem einen die Nachtragscredite bis auf den heutigen Tag einbeziehen (Sehr richtig! links) und im anderen die Nachtragscredite, die wir im Verlaufe von 12 Monaten noch zu gewärtigen haben, nicht einbeziehen. Darum ist diese Vergleichung nicht richtig. Als das Finanzgesetz im Vorjahre zu Stande kam, war das Deficit nur 37 Millionen, durch Nachtragscredite ist es auf 50 Millionen gestiegen. Heuer beträgt das Erforderniß nach den gestrigen Auseinandersetzungen des Herrn Finanzministers ungefähr 35 Millionen; es ist schon gegen den Bericht um 5 bis 6 Millionen gestiegen, und wie es in den nächsten 12 Monaten noch steigen wird, können wir allerdings nicht wissen, aber im vorigen Jahre ist es um so viele Millionen gestiegen. Das ist nicht gleichartig. Man muß sagen — im vorigen Jahre kam überdies das Finanzgesetz viel später zu Stande — jetzt können wir höchstens sagen, am heutigen Tage beträgt das Deficit soviel, wie viel es künftig betragen wird, wissen die Götter, vielleicht weiß es auch das Executivcomité (Heiterkeit links) und das Ministerium. (Erneuerte Heiterkeit links.) Wir Laien wissen es nicht (Lebhafte Heiterkeit links), wir haben auch keine Ahnung davon.

Wenn ich nun diese Resultate zusammenstelle: eine Steigerung des Erfordernisses in drei Jahren um mehr als 70 Millionen, eine Steigerung der Einnahmen um ungefähr 65 Millionen und eine Steigerung der Zinsenlast um 5½ Millionen — und das Alles ungeachtet der entschieden günstigeren wirtschaftlichen Verhältnisse, ungeachtet einer Menge von Umständen eingetreten ist, welche für die Finanzen günstig erscheinen, ungeachtet Steuererhöhung und neuer Steuern von 22 Millionen — dann drängt sich mir die Frage auf: Wie kommt das? Worin hat das seine Erklärung?

Mir scheint, daß ich wohl berechtigt bin, einige Worte anzuführen, welche der sehr geehrte Herr Generalberichterstatter der Majorität in der Budgetdebatte des Jahres 1880 gesprochen hat, und zwar am 10. April, um wieder genau zu citiren, Seite 2991 der stenographischen Berichte; Worte, die ich vollkommen unterschreibe, wenn ich auch glaube, daß er sie heute nicht sprechen würde. (Hört! Hört! links.)

Es hatte nämlich damals der Herr Abgeordnete der Ceyherer Handelskammer, welcher leider heuer in der Budgetdebatte nicht gesprochen hat oder nicht zum Worte gekommen ist und mir diese schwierige Arbeit überlassen hat, an den Herrn Grafen Clam die Aufforderung, den Wunsch gerichtet, er möge mit seinem Finanzprogramm hervortreten. Und darauf erwiderte der heutige Generalberichterstatter in der 68. Sitzung vom 10. April 1880 Folgendes (Hört! Hört! links), und es wird mir wohl erlaubt sein, die Worte zu vorlesen (liest):

„Ich komme darauf zurück, daß es meiner Ueberzeugung nach der Beruf der Regierung ist, uns ein auf Grundlage des Materiales factischer Daten, welche nur die Regierung zu Gebote hat, aufgebautes Project in seiner Gänze vorzulegen, ein Project, welches die successive Erreichung des endlichen Resultates ins Auge faßt und umfaßt, dieses Project eben hat sie dann als Ganzes zu ihrer Aufgabe zu machen.“ Und nun kommt die Stelle, die ich meine (fortsetzend): „Das kann ja doch nur Aufgabe einer einheitlichen, starken Regierung sein, einer Regierung, die in sich und einig mit einer kräftigen Majorität, und ob dies in diesem hohen Hause unter den gegebenen Verhältnissen möglich ist (Hört! links), bitte ich selbst zu erwägen.“

Eine starke Regierung und eine kräftige Majorität! Das nöthigt mich auch das politische Gebiet zu betreten, denn eine starke Regierung und eine kräftige Majorität äußern sich wesentlich auf dem politischen Gebiete, wangleich bei uns die Aeußerung dieser Kraft hauptsächlich sich auf das finanzielle Gebiet erstreckt und insbesondere in der Durchsetzung der neuen Steuern ihren Ausdruck findet, die man gegen etwaige Zugeständnisse auf nationalem und politischem Gebiete erreicht, obschon jeder Einzelne von denen, die dafür stimmen, erklärt, mit wie schwerem Herzen das geschehe. (Heute links.)

Eine starke Regierung! Ja die Regierung ist stark. Sie ist stark, soweit es sich um die Niederhaltung deutscher Vereine, deutscher Wünsche, deutscher Presse handelt. (Sehr gut! links.) Darin ist die Regierung ungeheuer stark, und zwar ist sie dabei auch vollkommen sicher, die vollständige Zustimmung der Majorität zu haben. (Beifall links.) Ich will nicht weiter darauf eingehen; aber wenn schon das vorkommt, daß in einer gewiß höchst anständigen, illustrierten Zeitung ein Aufsatz eines höchst conservativen Mannes deshalb confiscirt wird — ich habe das wenigstens ohne Widerspruch gelesen — weil ein Gedankenstrich darin vorkommt (Heiterkeit links), wenn man also selbst einem Gedankenstrich in einer deutschen Zeitung die Fähigkeit zutraut, zu Haß und Verachtung aufzureizen (Lebhafte Heiterkeit links, Beifall und Händeklatschen), dann muß ich gestehen, das ist wirklich stark. (Beifall links.)

Die Herren haben ja hievon keine Vorstellung, sie kennen die Verhältnisse nur so, wie sie in Wien sind. In Wien wird die Presse noch schonend behandelt, aber wenn Sie unsere Provinzial- und Localblätter zur Hand

nehmen, da werden Sie finden, daß solche Blätter fort und fort confiscirt werden und Sie werden bei manchen nur allzuoft finden, daß oben steht: „Zweite Auflage, die erste Auflage wurde confiscirt“, und dann kommen Epistelen, mitunter nicht viel weniger als gedruckte, mit dem ominösen Worte „confiscirt“.

Was darin stand, das denken sich die Leute wohl und die Confiscation nützt eben nicht viel. (Heiterkeit links.) Aber, erlauben Sie mir ein Wort anzuführen, welches ein Staatsmann, kein österreichischer, sondern ein fremder Staatsmann über solche Zustände ausgesprochen hat: Sie haben ja in Oesterreich schon ein Stück Rußland. Und mir scheint, er hat ganz Recht, denn darin kann man ja doch keinen Unterschied finden, daß in Rußland die fremden Zeitungen mit Druckerschwärze geschwärzt und in Oesterreich die einheimischen mit Confiscationen weiß gemacht werden. (Beifall und Heiterkeit links.) Ja, darin ist die Regierung stark.

Und wie verhält es sich nun mit der Majorität dieses hohen Hauses, und zwar nicht mit der Majorität in ihrer Gesamtheit? Eine solche ist ja nur ein idealer Begriff. Diese Majorität besteht ja aus vier Fractionen und noch dazu aus vier unter sich ganz verschiedenen und ganz verschiedene Ziele verfolgenden Fractionen. Es kam mir sonderbar vor, daß der geehrte Herr Finanzminister gestern eine Aeußerung eines Staatsmannes aus der alten Schule vorgebracht hat, der da sagt: Hier handelt es sich nur um eine Vereinigung — ich weiß nicht mehr genau den Wortlaut — von Fractionen, welche ganz verschiedene Ziele verfolgen. Was ist nun davon die Wirkung? Wenn eine Fraction, und sei sie noch so klein, von dieser in vier Fractionen gespaltenen Majorität etwas ernstlich will, so muß es die Regierung wollen, und was die Regierung wieder ernstlich will, das müssen die anderen Fractionen auch wollen, weil die Regierung und die Majorität nur durch die Einigkeit, eine Einigkeit, welche dadurch erhalten wird, daß, was eine Fraction will, alle wollen müssen (Heiterkeit links), gegenseitig bestehen können. (Sehr richtig! links.)

Da ist es denn freilich schwer, daß das Erforderniß einer starken Regierung und einer kräftigen Majorität, von welcher gesprochen wurde, sich erfülle. Diese kräftige Regierung, wie weicht sie nach dem erhabenen Worte: „Der Starke weicht muthig zurück“ in so vielen Fällen zurück? Ich will nur an das Schmerzenskind, welches nächstens geboren werden soll, an die Schulnovelle und an den Stiefvater derselben, den Herrn Unterrichtsminister, erinnern. (Lebhafte Heiterkeit. — Beifall und Händeklatschen links.) Wie viele Wandlungen hat die starke Regierung in dieser Frage schon eingeschlagen, und wer weiß, welche die letzte sein wird. Denn das letzte Wort soll ja diese Schulnovelle nicht sein; sie soll nur eine Etappe auf dem Wege zum Ziele sein, welches darin besteht, daß die Neuschule beseitigt und die Schule der Concordatszeit wieder hergestellt werde. (Sehr wahr! links.) Es kann sein, daß die Regierung das nicht weiß; aber für uns Laien wurde es in der letzten Verathung des Herrenhauses über die Schulnovelle so deutlich ausgesprochen, daß ich nicht begreife, wie darüber noch der mindeste Zweifel bestehen kann. (Sehr richtig! links.)

Es ist etwas ganz Eigenthümliches. Die Regierung, welche so streng darüber wacht, daß ja nichts in einem

Meinung Sache der Executive ist, die Regierung ist stark gegenüber der gesetzgebenden Gewalt in ihrer Totalität; ein Executivcomité aber, welches der Regierung vorschreibt, was sie zu thun hat, das findet sie mit der unabhängigen Executive vollkommen verträglich. (Beifall links.)

Wir wissen über dessen Thätigkeit freilich nichts Näheres; greifbare Gestalt nehmen nur die Erfolge dieser Thätigkeit an und darin unterscheidet es sich von der Ersparungscommission (Lebhafte Heiterkeit links), von der selbst der Bericht sagt, daß sie bisher keine greifbaren Resultate gehabt hat. (Erneuerte Heiterkeit links.) Hier aber erfahren wir zwar durch Telegramme aus Prager und Lemberger Zeitungen, was das Executivcomité thut, und wir wissen dann auch, was wir zu gewärtigen haben, was nämlich beschlossen wird nicht in den Ausschüssen, nicht in Subcomités und noch weniger im hohen Hause, sondern was beschlossen wird von dem Fünfehn Richtercollegium, welches ebenso geheimnißvoll waltet, wie es die venezianischen Richter thaten (Heiterkeit links), und dessen Spuren man oft dort suchen muß, wo man sie gar nicht vermüthet, wie z. B. bei der Frage, ob um halb eins die Zeit schon so vorgerückt ist, daß die Sitzung geschlossen werden muß. (Lebhafte Heiterkeit und Beifall links.) Wer wird glauben, daß das mit geheimnißvollen Vorgängen im Innern zusammenhängt? Den andern Tag lesen wir aus Prager und Lemberger Zeitungen, worin der Zusammenhang liegt. Und so ist es auch mit dieser Schulnovelle.

Wenn wir ganz aufrichtig sein wollen, so gibt es wohl eine Fraction dieses hohen Hauses, die jedoch nicht so stark ist, wie irgend eine der beiden anderen maßgebenden Fractionen, welche diese Schulnovelle will, vielleicht auch nicht so wie sie lautet, aber sie will sie. Sonst aber, und das kann ich mit gutem Gewissen sagen, will sie eigentlich Niemand im ganzen hohen Hause. (Lebhafte Zustimmung links.) Die überwiegende Majorität im hohen Hause würde, wenn Jeder einzeln stimmen sollte wie er will, sich ablehnend verhalten. (Sehr wahr! links.) Und doch wird jene Novelle Gesetz werden, und da nennt man eine Regierung kräftig, die sich dem Willen einer kleinen Fraction fügen muß. (Beifall links.) Ich darf das wohl behaupten, denn wenn wir die bedeutendste Fraction im hohen Hause betrachten, so konnte ihre Zustimmung zur Schulnovelle nur dadurch gewonnen werden, daß dieselbe in ihren wesentlichsten Theilen als für sie nicht gültig erklärt wurde. (Beifall links.) Kann man denn wirklich glauben, daß Jemand etwas für eine Wohlthat ansieht, wenn er feierlich dagegen deprecirt, daß ihm diese Wohlthat zu Theil werde? (Beifall und lebhaft Heiterkeit links.) Und soll das Ver söhnung und Frieden herbeiführen, wenn Jemand das, was er für sich perhorrescirt, den Anderen gegen ihren Willen aufnöthigen will? (Stürmischer Beifall und Händeklatschen links.) Und unsere Genossen aus dem Königreiche Böhmen!

Ich kann mit ebenso voller Beruhigung sagen, daß, so Vieles uns auch von einander trennt, die Bewohner des Landes deutscher wie czechischer Zunge doch in Einem vollständig einig sind, sowie sie auch in vielen anderen Beziehungen dieselben Weltanschauungen haben und dieselben Richtungen verfolgen. Sie sind in der Werthschätzung der Schule, und zwar der modernen Schule vollkommen mit einander einverstanden. (Lebhafte Beifall links.) Es ist in hohem Grade achtenswerth, daß sowohl der deutsche wie der czechische Bauer das höchste Gewicht darauf legt, daß die Volksbildung seinen Kindern nicht verlämmert

links.) Aber — so sehr man den haßt, der das gethan hat, was man wünscht, daß Alle in Oesterreich es thun sollen — eine böse Eigenschaft legt man ihm nicht bei, nämlich die, daß er dumm ist (Heiterkeit links) und das müßte er sein, wenn er sich vor dem Rentensteuer-Gesetzesentwurf fürchten würde. (Heiterkeit links.) Das wird kein Rentier thun, denn er weiß, er wird dadurch nicht getroffen werden.

Jetzt kommen wir aber zum Grundbesitzer, welcher, wie dies ja leider so oft der Fall ist, darauf angewiesen ist, den Credit zu benützen, und von dem man immer sagt: man muß ihm einen wohlfeilen Credit verschaffen. Ja, man soll einer Bauerndeputation einmal eine bloß dreiprocentige Verzinsung in Aussicht gestellt haben.

Manche Blätter haben das mit einer bestimmten Bank in Verbindung gebracht, welche diese wohlfeile Verzinsung durch Heranziehung fremden Capitals aus Frankreich ermöglichen werde. (Heiterkeit links.) Und jetzt kommt man mit der Besteuerung der Hypothekenzinsen! Wer wird denn diese tragen? Diese Steuer beträgt scheinbar nur 5 Percent, aber sie ist thatächlich, und zwar gerade auf dem Lande viel höher, vielleicht 10 Percent, wenn man die Landes-, Bezirks-, Gemeindeumlagen, die Bezirksschulumlagen, Gemeindefschulumlagen, die Straßenumlagen und noch verschiedene andere Umlagen berechnet. Man kann mit voller Beruhigung zehn Percent und mehr als zehn Percent rechnen. (So ist es! links.) Dazu kommt aber noch etwas, was den Gläubiger noch ungenechter machen wird, sein Geld auszuleihen: die Steuer muß er zahlen, ob der Andere ihm pünktlich die Zinsen zahlt oder nicht. (So ist es! links.) Er muß sie nach dem Entwurfe am 1. Jänner für das erste Vierteljahr zahlen, wenn vielleicht auch erst am 1. Juni die halbjährigen Zinsen fällig sind.

Wenn sie nun aber auch fällig sind, glauben Sie denn, daß die Schuldner auch immer zahlen? (Sehr gut! links.) Man riskirt also, wenn man künftig auf Hypotheken Geld leiht, eine Steuer von einer Einnahme zu zahlen, welche man gar nie bekommt.

Es wird ja immer angeführt, daß so Viele bei executionen Forderungen mit ihren Forderungen durchfallen. Diese bekommen kein Capital, Zinsen bekommen sie schon gar nicht, aber die Steuer davon sollen sie zahlen. (Heiterkeit links.) Und da soll eine Erleichterung des Hypothekencredits für die Landbevölkerung eintreten? (Sehr gut! links.) Wer also dem Besitzer einer Realität Geld leiht, der soll bestraft werden, er muß die Steuer zahlen, und er muß sie auch zahlen, wenn der Andere ihm die Zinsen nicht zahlt! Da könnte man vielleicht sagen, wenn es eine schlechte Hypothek ist, so soll er eben gestraft werden, so fällt er durch.

Ja glauben Sie, meine Herren, daß, wenn er selbst die beste Hypothek hat, er die Zinsen pünktlich erhält? Sobald die Realität in Execution kommt, hört jede Zinszahlung auf, ohne Unterschied, ob der Gläubiger primo, secundo oder tertio loco intabulirt ist. Während der ganzen Zeit der Execution, die bekanntlich in Oesterreich nicht kurze Zeit währt, muß der Gläubiger, wenn er auf die Hypothek Geld ausgeliehen hat und vielleicht ausschließlich auf diese Einnahme angewiesen ist, die Steuer zahlen bei sonstiger Execution, und die Steuerexecution ist viel schneller als die Execution auf die Realität. (Heiterkeit links.) Was wird die Folge sein? Der Gläubiger wird sich sicher stellen, eine Assurance-

prämie nebst der Verzinsung verlangen; um die Steuer wird der Zinsfuß erhöht, er wird aber auch erhöht um die Gefahr, die Steuer aus Eigenem zahlen zu müssen, weil der Andere, auch wenn er noch so solid ist, vielleicht erst später zahlt.

Auch die Unbequemlichkeit der Faturung, welche viele Leute scheuen, wird sich der Gläubiger mit anrechnen, so daß der Zinsfuß bei allen neuen Darlehen außerordentlich steigen wird. Aber bei den schon bestehenden? könnte man einwenden.

Das nützt gar nichts. Die meisten Gläubiger haben sich bereits gesichert. Ich kenne eine Sparcassa, welche sich von jedem Hypothekenschuldner erklären läßt, der Schuldner ist verpflichtet, sobald der Sparcassa — es ist das die größte Sparcassa Oesterreichs — aus dem Titel dieses Zinsenbezuges was immer für eine Steuer auferlegt wird, oder auferlegt werden sollte, dieselbe auf eine einfache schriftliche Verständigung hin sofort zu bezahlen, widrigenfalls das Capital als gekündigt angesehen wird. (Hört! Hört! links.) Und so haben wohl auch andere Sparcassen, so hat es jeder vorsichtige Privatmann gethan. Es wird also entweder bedungen sein, daß die Steuer vom Schuldner für den Gläubiger bezahlt werden muß, und das wird die Regel sein, und dann trifft sie den Grundbesitzer und nicht die Rentiers; oder es ist das nicht bedungen, dann wird eine noch viel traurigere Folge für den Grundbesitzer eintreten, nämlich die Kündigung, und was wird die Folge sein, wenn nun der zehnte Theil aller Hypotheken gleichzeitig in Oesterreich gekündigt wird? Dann wird noch weit weniger Geneigtheit bestehen, auf Hypotheken Geld auszuleihen.

Es ist überhaupt eigenthümlich. In Oesterreich werden mitunter selbst segensreiche Einrichtungen zur Plage für den Einzelnen, und so kann auch, wenn das Institut der Postsparcassen eine große Ausdehnung gewinnt, dieses Institut für die ländliche Bevölkerung recht traurige Folgen haben. Gerade aus jenen Bezirken, wo keine sonstigen Sparcassen bestehen und für die daher die Postsparcassen am allernützlichsten wären, aus den Bezirken, in denen sonst das Geld vielleicht an die Realitätenbesitzer dargeliehen würde, wird das ersparte Geld auswandern und zum Ankauf von Renten an der Wiener Börse verwendet werden, zum Nachtheile der Grundbesitzer und zum Vortheile der gehassten Rentiers, deren Papiere dadurch eine gesteigerte Nachfrage und eventuell eine Hausse erfahren.

So ist es mit der Rentensteuer.

Lassen Sie mich auch ein paar Worte über die Erwerbsteuer sagen, nicht über alle die einzelnen Ungeheuerlichkeiten dieses Gesetzes, wo die Steuer ja auch dem Zuschlag unterliegt, während man die Personaleinkommensteuer, die ja freilich nach diesem Gesetze die Reichen auch nicht wesentlich treffen wird, sorgfältig von den Zuschlägen ausgenommen haben will, was übrigens bezüglich seiner verfassungsmäßigen Möglichkeit noch sehr zu bestreiten wäre.

Eine Ungeheuerlichkeit ist es, bei einem reinem Einkommen von 20 fl. für eine Nebenbeschäftigung, die vielleicht darin besteht, daß ein Beamter Abends abschreibt, eine Erwerbsteuer von 3 fl. 75 kr., welche auch den Zuschlägen unterliegt, zu fordern.

Es ist dies etwas so Horrendes, so Unmögliches, daß man kaum glauben kann, daß der betreffende Verfasser ein Herz für den kleinen Mann hat.

Ich werde mich jedoch enthalten, darüber mehr zu sprechen, denn ich weiß, daß man im hohen Hause, wenn man von den Leiden des kleinen Mannes spricht, nicht viel Anklang findet, und ich möchte nicht das erleben, was ich im vorigen Jahre erlebt habe. Ich und ein geehrter Herr Redner aus Schlesien hatten von den Zuständen der Hausindustrie in unseren Gebirgsgegenden und davon gesprochen, daß man dort — das thun ja die Leute nur aus dem Grunde, weil es nicht anders möglich ist — so kleine Fenster und dieselben so tief in der Wand angebracht hat, daß man den ganzen Tag Licht brennen muß und daß daher diese kleinen Leute durch die Erhöhung der Petroleumsteuer doppelt hart getroffen wurden.

Darauf sagte der damalige, nicht der heutige Berichterstatter wörtlich Folgendes (liest): „Wenn der Weber nicht genug Tageslicht durch die kleinen Fenster erhält, oder wenn diese Fenster häufig mit Papier beklebt sind, so ist es ja doch möglich und leicht, die Fenster zu vergrößern und statt mit Papier mit Glascheiben zu versehen; das wird jedenfalls nicht viel kosten und auf diesem Wege wird man das einbringen, was man durch Erhöhung der Petroleumsteuer verliert.“ (Heiterkeit links.) Und diese Aeußerung, von der das Beste ist, daß die kleinen Leute sie nicht erfahren haben, weil sie sie nicht gelesen, wurde mit „lebhafter Heiterkeit“ auf den Bänken der Rechten begrüßt, dies bezeugen die stenographischen Protokolle. Ich fürchte, wenn von unserer Seite gegen die Besteuerung eines Nebenerwerbes von 20 fl. mit 3 fl. 75 kr. und den Zuschlägen etwas eingewendet würde, so dürften wir der sehr naheliegenden und nicht minder wichtigen Einwendung kaum entgehen: Er braucht ja nicht zu arbeiten, und wenn er nicht arbeitet, wird er keine Steuer zu zahlen haben. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen links.)

Wie gesagt, auf die einzelnen Ungeheuerlichkeiten will ich nicht eingehen, die könnten auch im Wege der Aemendirung beseitigt werden, aber die ganze Erwerbssteuer, eine Steuer, die eine progressive Einkommensteuer ist und alle Nachteile derselben hat, ist auf der anderen Seite wieder eine Ertragssteuer. Denn merkwürdigerweise kommt in dem Motivenberichte vor: diese Steuer muß auch von passiven Unternehmungen gezahlt werden, denn sie ist eine Ertragssteuer; sie muß auch von fremden Capitalien gezahlt werden, denn sie ist eine Ertragssteuer; sie kann aber auch progressiv sein — obschon dies der Natur der Ertragssteuer widerspricht und es dort heißt, es würde dem Wesen der Ertragssteuer mehr entsprechen, wenn sie nicht progressiv wäre — sie kann aber auch progressiv sein, weil solche Erwerbstreibende, die ein großes Einkommen haben, dasselbe leicht verheimlichen, daher müssen sie mehr zahlen, das heißt der Ehrliche muß mehr zahlen, weil man voraussetzt, daß der Uneheliche schlecht fatiren wird (lebhafter Beifall links), ein hübsches Zeugniß für den Zustand der öffentlichen Moral! Und dann kommt gleich darauf: der Kleine muß weniger zahlen, damit er richtiger fatirt, weil, wenn er viel zahlen muß, er unrichtig fatirt. (Lebhafter Beifall links.) Es wird die Schmeichelei gesagt dem Kleinen, wie dem Großen: Beide seid ihr unehelich, darum müßt ihr Beide viel zahlen. (Lebhafter Beifall links.) Und was heißt das viel zahlen? Vom zweiten Tausend der reinen Einnahmen müssen fünf Prozent an Steuer gezahlt werden, und vom fünften Tausend zehn Prozent vom Einkommen und auch vom fremden

Gelde, das darin investirt ist, und auch von passiven Unternehmungen. Wenn man schon sagt, man nimmt in Oesterreich, was in fremden Steuergesetzgebungen gut ist, — eine progressive Steuer von passiven Unternehmungen hat es wohl noch nicht gegeben. (Lebhafter Beifall und stürmische Heiterkeit links.)

Eine solche Steuer zu votiren, muthet man uns zu!

Wir, die wir keine Schulnovelle zu fordern haben, und auch nichts Aehnliches, wir werden erleben, daß sine nobis de nobis über diese wie über viele andere Fragen entschieden werden wird. Aber das dürfen wir doch fragen, nachdem die hohe Regierung so sehr mit ihren socialpolitischen, namentlich mit ihren agrarischen Ideen gepräht hat, was ist denn also eigentliches, ihr socialpolitisches Programm? Nachdem man immer gesagt hat, die übermäßigen Schulden belasten den kleinen Besizer, und man müsse ihm wohlfeileren Credit verschaffen, so kommt man mit außerordentlichen Steuern, mit einer Steuer auch auf den Nebenerwerb; diese wird hauptsächlich den kleinen Besizer treffen, der im Winter schon deshalb zu einem Nebenerwerbe zu greifen genöthigt ist, weil ihn im Winter nicht die Landwirtschaft beschäftigt. Das bietet man nun, und als Entschädigung dafür reactionäre Geseze auch auf dem landwirthschaftlichen Gebiete, Geseze, von denen ich wieder mit voller Beruhigung sagen kann: Unsere Bauern wollen nichts davon wissen, unsere Bauern wollen frei sein, sowie sie es seit der Aufhebung der Robot sind, und der freie Mann will auch frei über sein Eigen verfügen dürfen.

Unsere Leute lächeln, wenn man ihnen sagt: Ja, man wolle ja nur einen unabhängigen selbstständigen Bauernstand erhalten, und der sei durch die freie Theilbarkeit gefährdet. Der Bestand des Bauernstandes ist nicht durch die freie Theilbarkeit, er ist durch etwas ganz Anderes gefährdet, durch das Aufsaugen durch den großen Grundbesitz ist er gefährdet (Bravo! Bravo! links), und wenn Sie dafür Belege haben wollen, so sehen Sie sich doch gefälligst die Vorlage über die Einbeziehung von ungefähr 20 selbstständigen Ansässigkeiten, kleinen Ansässigkeiten in das Thurn und Taxis'sche Fideicommiss an. (Sehr richtig! links.) Da werden auf einmal so viele allerdings kleine selbstständige Grundbesitzer von der Erde verschwinden, und sehen Sie sich auch andere landtäflche Güter an, wo es sich nicht um kleine Landwirthschaften, sondern um viele große bäuerliche Wirthschaften handelt. Darin liegt die Gefahr für den selbstständigen Bauernstand, und das wissen unsere Bauern.

Dieselben wissen, daß, wenn man durch die Beschränkung in der freien Verfügbarkeit über den Grundbesitz den Werth desselben außerordentlich herabdrückt — und das geschieht — dadurch das Aufsaugen des kleinen Besitzes durch den großen Besitz immer mehr beschleunigt wird. (Sehr richtig! links.) Und was bieten Sie Ihnen weiter? Eine Schulnovelle mit Verkümmern der Volksbildung und Wiederherstellung der geistlichen Schulaufsicht. Unser Bauer ist viel zu intelligent, als daß er nicht dieses Danaergeschenk mit Entrüstung zurückweisen würde. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen links.)

Und nun der Arbeiter und der Kleingewerbetreibende! Was haben Sie für ihn mit der Gewerbenovelle durch die Zurückweisung aller Anträge, welche eine Uebergangsperiode auch nur für den schon Beschäftigten und eine Erleichterung des Fabrikarbeiters — und die bilden

